

# Aspekte polnischer Deutschlandpolitik nach dem Ersten Weltkrieg

von

Ralph Schattkowsky

Der Ausgang des Ersten Weltkrieges brachte eine Reihe von Faktoren in die internationale Politik ein, die eine Neuordnung Europas notwendig machten. Wesentliche Objekte dieser Ordnungspolitik waren naturgemäß der Kriegsverlierer Deutschland und die neu bzw. wieder zu schaffenden Staaten Ostmittel- und Südosteuropas. Es entstand ein System, dessen Kontrapunkte die Beziehungen der Entente der Sieger zum Verlierer Deutschland und zu dem nicht zu akzeptierenden, als Machtpotential sich konstituierenden Räte-rußland bildeten. Die Rolle der kleinen Staaten war dabei vornehmlich als Puffer zwischen Deutschland und Sowjetrußland definiert, wobei Polen diese Funktion durch seine geographische Lage und seine Anbindung an die Entente in geradezu klassischer Form zu erfüllen hatte. Der außenpolitische Spielraum der „neuen Staaten Zwischeneuropas“ war somit von vornherein stark begrenzt, und die nur halbherzige Anerkennung Polens als assoziierter Siegermacht konnte auch durch spätere Vereinbarungen, wie etwa das polnisch-französische Bündnis vom Februar 1921, das zweifellos ein außenpolitischer Erfolg Polens war, nicht aufgehoben werden.

Von vornherein standen sich in Polen zwei unterschiedliche Konzeptionen zur staatlichen Konfiguration und außenpolitischen Ausrichtung gegenüber, die im wesentlichen den zwei großen politischen Lagern Polens entsprachen<sup>1</sup>. Das Nationaldemokratische Lager, die *Endecja*, hatte unter seinem Führer Roman Dmowski schrittweise ein Maximalprogramm entwickelt, das ein Polen in seinen „ethnographischen und historischen Grenzen“ vom Dnepr bis an die Oder forderte. Eine Realisierung dieser Konzeption und einen notwendigen Schutz gegen ihre Hauptfeinde Deutschland und Sowjetrußland sah die *Endecja* allein durch die enge Bindung an Frankreich gegeben, und das Polnische Nationalkomitee in Paris, dem Dmowski vorstand, übte sichtbaren Einfluß auf die Regelung der polnischen Frage aus. Dem gegenüber standen politische Parteien und Gruppierungen, die sich unter der Führung Józef Piłsudskis vereinigten. Im Gegensatz zur *Endecja* rechnete Piłsudski bei der Schaffung eines polnischen Staates zunächst auf die Unterstützung durch die Mittelmächte. Er war ein entschiedener Vertreter einer östlichen Orientierung, d. h. der

1) Vgl. J. Tomicki: Parteien und Parteiensysteme in Polen (1918 bis 1939). Ein Überblick, in: *Jb. für Geschichte* 23 (1981), S. 282 ff.

Angliederung litauischer, weißrussischer und ukrainischer Gebiete<sup>2</sup>, wobei er den preußischen Ostprovinzen zunächst keine besondere Bedeutung beimaß. Nach dem Zusammenbruch der Mittelmächte und in dem Maße, wie die Gestaltung des polnischen Staates zur Tagesaufgabe wurde, vereinigten sich die territorialen Forderungen von Nationaldemokratie und Pilsudski-Lager<sup>3</sup>, genauer gesagt: konnte das Belvedere, wie die politische Gruppierung um den späteren Staatschef nach dessen Regierungssitz auch genannt wurde, der Aktionspolitik der *Endecja* hinsichtlich der Westgebiete und dem Einfluß in Frankreich nicht nachstehen und wollte dies auch nicht, um nicht seine politische Glaubwürdigkeit ernsthaft in Frage zu stellen. Denn der innerhalb der Programmatik der politischen Strömungen in Polen von Dmowski und seiner *Endecja* am konsequentesten vorgetragene Westgedanke gehörte, noch genährt durch die Auseinandersetzungen um diese Territorien zwischen dem Waffenstillstand und der Entscheidung über Oberschlesien, bald zum Grundbestand des polnischen nationalen Bewußtseins.

## I. Pilsudski und der Versuch einer geordneten Nachbarschaft

In den von Polen am Ausgang des Ersten Weltkrieges formulierten Gebietsforderungen gegenüber Deutschland<sup>4</sup> liegt nicht nur zeitlich der Ausgangspunkt der polnisch-deutschen Beziehungen der Zwischenkriegszeit in ihrer inneren und äußeren Funktion und Bedeutung. Die territorialen Ansprüche Polens und die sich daraus zwangsläufig ableitenden Fragen der deutschen Minderheit in Polen sowie des Zugriffs auf deutsches Eigentum brachten dann auch große Hypotheken in die Beziehungen zwischen beiden Ländern ein. Obwohl die Ereignisse des Jahres 1918 zweifellos von einschneidenden Veränderungen für das deutsche und polnische Volk begleitet waren, haben die sich zwischen Polen und Deutschland in der Situation nach dem Ersten Weltkrieg auftuenden Probleme für eine gewisse Kontinuität einer feindlichen Grundhaltung gesorgt. Grundschemen der Stellung beider Völker und Staaten zueinander blieben erhalten und schienen durch die Nachkriegsbedingungen reichlich bestätigt.

2) Vgl. H. Zieliński: *Poglądy polskich ugrupowań politycznych na sprawy ziem zachodnich i granicy polsko-niemieckiej (1914–1919)* [Ansichten der polnischen politischen Gruppierungen zur Frage der Westgebiete und der deutsch-polnischen Grenze (1914–1919)], in: *Problem polsko-niemiecki w traktacie wersalskim* [Das deutsch-polnische Problem im Versailler Vertrag], Poznań 1963, S. 182ff.

3) Vgl. H. Zieliński: *Alternativen der polnischen politischen Strömungen zum imperialistischen deutschen „Drang nach Osten“*, in: *Der deutsche Imperialismus und Polen 1918 bis 1939* (Studien zu den deutsch-polnischen Beziehungen, H. 2), Rostock 1978, S. 35.

4) Vgl. *Ursachen und Folgen vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte*, Bd. III, Berlin 1959, S. 304ff.

Mit der Ernennung Pilsudskis zum „vorläufigen Staatschef“ des neuen polnischen Staates taten sich jedoch zunächst durchaus Möglichkeiten zur Schaffung normaler Beziehungen zwischen Polen und dem Deutschen Reich auf. In einem Schreiben an das Auswärtige Amt (AA) vom 14. November 1918 informierte der Kommissar der Reichsregierung bei der polnischen Staatsregierung, Graf Lerchenfeld, über eine Unterredung mit Pilsudski und dessen erstem Adjutanten, Oberst Sosnkowski, in der Pilsudski sich auf den Standpunkt stellte, „daß Deutschland und Polen sich zueinander im Verhältnis von neutralen Staaten befinden und die gegenseitigen Verhältnisse auf dem Wege völkerrechtlicher Vereinbarungen zu lösen haben“. Pilsudski gab ihm gegenüber erneut die Versicherung ab, „daß seine Regierung bestrebt sein würde, freundschaftliche Verhältnisse zu Deutschland zu unterhalten und alle hierfür dienlichen Schritte zu unterstützen“<sup>5</sup>. Das dürfte polnischerseits um so leichter gefallen sein, als deutliches Entgegenkommen vom deutschen Nachbarn zu erkennen war. Am 8. Oktober 1918 hatte Reichskanzler Max von Baden an den polnischen Regentschaftsrat ein Begrüßungstelegramm geschickt, in dem er sich für „gerechte Beziehungen“ aussprach und die Beseitigung der Okkupation ankündigte<sup>6</sup>, und am 18. November erkannte das Reich als erste auswärtige Macht den polnischen Staat diplomatisch an.

Pilsudski hatte zwar mit seiner Ausschreibung von Wahlen in den preußischen Ostprovinzen<sup>7</sup> und spätestens Mitte November 1918 durch Äußerungen deutlich gemacht<sup>8</sup>, daß er sich längst nicht mehr so gleichgültig zur Abtrennung preußischer Gebietsteile verhielt, wie dies von deutschen Stellen bei seiner Befreiung aus Magdeburger Festungshaft angenommen worden war<sup>9</sup>, aber immerhin lehnte er eine gewaltsame Besitzergreifung preußischen Territori-

5) Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918–1945 (weiterhin zit.: ADAP), Ser. A, Bd. I, Göttingen 1982, Nr. 16, S. 21f.

6) Vgl. *Germania*, 8. Oktober 1918 (A).

7) Vgl. L. Trzeciakowski: Bestimmungsfaktoren der deutsch-polnischen Beziehungen von der Bismarck-Ära bis zur Herrschaft Pilsudskis, in: *Deutschland zwischen Krieg und Frieden. Beiträge zur Politik und Kultur des 20. Jahrhunderts*, Bonn 1990, S. 143.

8) Vgl. J. Piłsudski: *Pisma zbiorowe* [Gesammelte Schriften], Bd. 5, Warszawa 1937, S. 20, 48, 59, 63.

9) Vgl. A. Garlicki: *Józef Piłsudski 1867–1935*, Warszawa 1988, S. 52; H. Graf Kessler: *Tagebücher 1918–1937*, Frankfurt/M. 1961, S. 15, 22; J. Holzer: *Rozmowa Piłsudskiego z hrabią Kesslerem* [Das Gespräch Piłsudskis mit Graf Kessler], in: *Kwartalnik Historyczny* 68 (1961), S. 449ff.; P. Hauser: *Niemcy wobec perspektywy strat terytorialnych na rzecz państwa polskiego w ostatnich tygodniach I wojny światowej* [Deutschland angesichts der Gebietsverluste zugunsten des polnischen Staates in den letzten Wochen des Ersten Weltkrieges], in: *Studia z najnowszej historii Niemiec i stosunków polsko-niemieckich* [Studien zur neuesten Geschichte Deutschlands und den deutsch-polnischen Beziehungen], Poznań 1986, S. 205.

ums vor dem Friedensschluß ab<sup>10</sup>. Daß er weiter auf Zusammenarbeit und gute Beziehungen zum deutschen Nachbarn setzte, war nicht nur Rudiment seiner Orientierung auf die Mittelmächte, sondern auch taktisches Prinzip zur Realisierung seiner Vorstellungen im Osten. Dabei konnten Auseinandersetzungen mit Deutschland nur hinderlich sein, zumal er sich der wirtschaftlichen Bedeutung des westlichen Nachbarn für Polen voll bewußt und unmittelbar daran interessiert war, von den deutschen militärischen Unternehmungen im Osten zu profitieren. Polnische Generalstabsoffiziere signalisierten dann auch, sicher nicht ohne Wissen Pilsudskis, das polnische Interesse, zu Übereinkünften mit dem Reich auf der Grundlage einer gemeinsamen antisowjetischen Ausrichtung zu gelangen<sup>11</sup>. Ein solches antibolschewistisches Bündnis erwies sich jedoch angesichts der deutschen Forderungen nach Verzicht auf territoriale Ansprüche und der damit unweigerlich verbundenen innenpolitischen Konsequenzen in Polen als wenig tragfähig. Der Spielraum jeder polnischen Regierung war ohnehin durch die Verteilung der Kräfte recht eng bemessen, und ein Abweichen von vorgegebenen und anerkannten Mustern, wie dem Westgedanken, konnte sich keine Regierung in Polen leisten. Die Regierungswechsel bereits in den ersten Wochen nach Gründung des polnischen Staates mögen dafür ein Beleg sein<sup>12</sup>. Es ist als sicher anzunehmen, daß eine Zuspitzung des Verhältnisses zu Deutschland mit der Unterbrechung der diplomatischen Beziehungen um die Weihnachtszeit 1918 durch den Druck Frankreichs und des Nationalkomitees erfolgte<sup>13</sup>. Der Grund hierfür wurde von der polnischen Regierung offiziell mit der Aufrechterhaltung der deutschen Besatzungsherrschaft im Bereich Ober Ost und der Schaffung des Grenzschutzes Ost angegeben<sup>14</sup>, tatsächlich aber sollten direkte Verbindungen zwischen Deutschland und Polen ohne Pariser Kontrolle verhindert werden. Pilsudski war klar, daß eine Politik zur Realisierung seiner Vorstellungen und zur inneren Konsolidierung Polens nur mit den Nationaldemokraten durchgeführt werden konnte und damit der Unterstützung der Ententemacht Frankreich bedurfte<sup>15</sup>. Nicht anders ist es zu erklären, daß er Dmowski Anfang Januar 1919 zum Chef der polnischen Friedensdelegation in Paris ernannte, damit die Verlagerung maß-

10) Vgl. die Äußerungen des Staatssekretärs des AA Wilhelm Solf auf der Reichskonferenz am 25. November 1918, in: Die Regierung der Volksbeauftragten 1918/19, T. I, Düsseldorf 1969, Dok. 30, S. 157.

11) Vgl. E. Wurl: Deutsch-polnische Geheimverträge gegen Sowjetrußland (November 1918–April 1919), Phil. Diss., Berlin 1961.

12) Vgl. J. K. Hoensch: Geschichte Polens, Stuttgart 1990, S. 250ff.

13) Vgl. den Bericht Harry Graf Kesslers an das AA vom 12. Dezember 1918, in: ADAP, Ser. A, Bd. I, Nr. 65, S. 102.

14) Vgl. die Protestnote der polnischen Regierung an den deutschen Gesandten Graf Kessler vom 15. Dezember 1918, in: Ursachen und Folgen, Bd. III, Berlin 1959, S. 315f.; Kessler, Tagebücher (wie Anm. 9), S. 68ff.

15) Vgl. J. Topolski: Die Geschichte Polens, Warszawa 1985, S. 223.

geblicher außenpolitischer Entscheidungen nach Paris sanktionierte und das Bündnis mit Frankreich de facto zur sicherheitspolitischen Doktrin erhob.

## II. Die deutsch-polnischen Verhandlungen

Trotz des Streits um die Grenzfragen waren beide Seiten von Anfang an sehr an Verhandlungen interessiert und zur Regelung der durch die Gebietsabtretungen und die staatliche Nachbarschaft entstehenden Probleme auch durch Waffenstillstand und Versailler Vertrag verpflichtet. Das große Interesse Polens an Vereinbarungen mit Deutschland war außer durch die Übernahme der Regierungsgewalt in den zugesprochenen Westgebieten vornehmlich durch die wirtschaftliche Misere des jungen polnischen Staates begründet<sup>16</sup>. Nicht weniger wichtig war der Druck, den Vertreter der Entente auf Polen ausübten, direkte Verhandlungen mit Deutschland aufzunehmen. Die amerikanische Seite forderte bereits Ende Juni 1919 Polen auf, Zugeständnisse an Deutschland auf ökonomischem Gebiet zu machen, um die deutsch-polnischen Beziehungen zu beleben, und drohte mit der Sperrung amerikanischer Lebensmittellieferungen<sup>17</sup>.

Wirtschaftliche Vereinbarungen mit dem Deutschen Reich hatten für Polen geradezu existenzielle Bedeutung<sup>18</sup>. Vor allem eine mit dem herannahenden Winter drohende Kohlekatastrophe machte den deutschen Partner als Lieferant äußerst interessant. Unter dem Druck der wirtschaftlichen Notwendigkeiten war der polnische Verhandlungspartner auch zu Zugeständnissen bereit<sup>19</sup>, die von deutscher Seite im Verzicht auf die Ausführung von Bestimmungen des Friedensvertrages gesehen wurden. Diese Positionen sollten die bilateralen Verhandlungen der Nachkriegszeit prägen und führten im polnischen Regierungslager immer wieder zu scharfen Auseinandersetzungen, die im Herbst 1919 einen ersten Höhepunkt erreichten. Auf dem Hintergrund deutsch-polnischer Wirtschaftsverhandlungen sah sich die polnische Regierung in einer Instruktion vom 15. Oktober 1919 veranlaßt, darauf hinzuweisen, daß Veränderungen der Bestimmungen des Friedensvertrages auszuschließen seien. Trotzdem setzte die polnische Verhandlungsdelegation in Berlin das polnische Außenministerium am 20. Oktober von dem Projekt einer Wirtschaftsvereinbarung in Kenntnis, die mit Konzessionen in der Liquidationsfrage verbunden

16) Vgl. Z. Landau, J. Tomaszewski: Wirtschaftsgeschichte Polens im 19. und 20. Jahrhundert, Berlin 1986, S. 118ff. Im Oktober 1919 sprach der polnische Finanzminister von einer verzweifelten wirtschaftlichen Situation (vgl. K. Błahut: *Polkoniemieckie stosunki gospodarcze w latach 1919–1939* [Deutsch-polnische Wirtschaftsbeziehungen in den Jahren 1919–1939], Wrocław 1975, S. 16ff.).

17) Vgl. Archiwum Akt Nowych Warszawa (weiterhin zit.: AAN), Ministerstwo Spraw Zagranicznych (weiterhin zit.: MSZ), Ambasada Berlin, sygn. 1105, Bl. 15.

18) Vgl. Błahut (wie Anm. 16), S. 17.

19) Vgl. AAN, MSZ, Ambasada Berlin, sygn. 1105, Bl. 52.

waren, einem heiß umkämpften Problem, da der Staat über diesen durch den Versailler Vertrag ermöglichten Zugriff auf deutsches Eigentum in Polen die ihm durch die Siegermächte verweigerten Reparationen von Deutschland wenigstens zum Teil realisieren wollte. Der polnische Verhandlungsleiter wurde zur Berichterstattung nach Warschau befohlen, und sämtliche ins Auge gefaßten Zugeständnisse wurden untersagt. Jener brachte aber bereits das am 22. Oktober unterzeichnete Wirtschaftsprovisorium mit, und im Verlauf der Verhandlungen in Berlin wurden am 24. Oktober weitere Vereinbarungen getroffen. Obwohl diese nur provisorischen Charakter trugen und zeitlich begrenzt waren, riefen sie heftige Reaktionen in verschiedenen politischen Kreisen Polens hervor. Vor allem waren es die polnischen Delegationen in Paris und Berlin und das Außenministerium, die sich hier gegenüberstanden und letztlich in verschiedenen Schattierungen die beiden großen politischen Lager repräsentierten. Am 28. Oktober gab es im polnischen Ministerrat eine stürmische Debatte über die Vereinbarungen. Auch das Außenministerium nahm eine ablehnende Haltung ein, und erst durch eine Intervention des Ministerpräsidenten, Ignacy Paderewski, am 30. Oktober wurden die Abmachungen sanktioniert<sup>20</sup>. Das stieß auf starkes Befremden des französischen Partners, der wiederum die polnische Friedensdelegation, deren außenpolitischer Einfluß in Polen nahezu unumstritten war, in ihrer ablehnenden Haltung bestärkte. Ohnehin hatten diese und verschiedene alliierte Kreise die deutsch-polnischen Verhandlungen von Anfang an sehr skeptisch beurteilt und beargwöhnt<sup>21</sup>. Die Gründe dafür dürften sicher in einer möglichen Übervorteilung Polens zu suchen sein, lagen wohl aber vor allem in Bedenken hinsichtlich einer Annäherung zwischen Deutschland und Polen und der Möglichkeit, daß sich beide Länder und ihre Beziehungen der direkten Kontrolle und Einflüssen der Alliierten, insbesondere Frankreichs, entzogen. Am 7. November erhielt das polnische Außenministerium von der polnischen Delegation in Paris ein Schreiben, worin es aufgefordert wurde, die polnischen Vertreter in

20) Vgl. ebenda, Bl. 19.

21) Außenminister Müller informierte am 20. November 1919 im außenpolitischen Ausschuß, daß die Entente darüber klage, daß die Polen unmittelbare Verhandlungen in Berlin vor Ratifizierung des Friedensvertrages führten (vgl. Sächsisches Landeshauptarchiv Dresden, Gesandtschaft Berlin, Nr. 367, np). In einem Brief vom 17. November 1919 aus Paris beklagte der polnische Diplomat Wielowiejski die Haltung der polnischen Delegation in Berlin, die mit ihren Zugeständnissen an die deutsche Seite der polnischen Politik großen Schaden zugefügt und vor allem unter den Alliierten den Eindruck hinterlassen habe, als wolle Polen mit seinen politischen Partnern brechen (vgl. AAN, Archiwum Paderewskiego, sygn. 914, Bl. 3). Der Leiter der polnischen Verhandlungsdelegation in Berlin schrieb schon am 14. Oktober, er habe aus Warschau erfahren, daß die französische Regierung mit dem Verlauf der Verhandlungen in Berlin unzufrieden sei. Er rechtfertigte sich damit, daß es sehr schwierig sei, die Interessen Polens gegenüber Deutschland durchzusetzen und gleichzeitig die Franzosen zufrieden zu stellen (vgl. H. D i a m a n d: Pamiętnik zebrany z wyjątków listów do żony [Erinnerungen, zusammengestellt aus Auszügen aus Briefen an die Gattin], Warszawa 1932, S. 198).

Berlin nach Paris zur Teilnahme an den Verhandlungen mit der deutschen Friedensdelegation zu entsenden. Auf Beschluß des Obersten Rates vom 24. November 1919<sup>22</sup> wurden sie von Berlin nach Paris verlegt und die relativ eigenständigen deutsch-polnischen Verhandlungen praktisch beendet. Übereinkünfte zwischen beiden Ländern wurden nunmehr fast ausschließlich unter direktem Einfluß der Entente oder mindestens ihrer Vermittlung getroffen.

### III. Sowjetrussischer Gegner und französische Partnerschaft

Die katastrophale wirtschaftliche Situation Polens<sup>23</sup> machte freilich Handelsvereinbarungen mit Deutschland immer dringlicher. Nicht ohne Einfluß auf eine erneute polnische Initiative im Herbst 1920 dürfte gewesen sein, daß durch den Waffenstillstand im polnisch-sowjetischen Krieg wesentliche Voraussetzungen für eine offizielle Boykottpolitik Deutschlands wegfielen. Weiterhin darf nicht außer acht gelassen werden, daß in den Beziehungen zu Deutschland das polnische Trauma einer deutsch-sowjetischen Annäherung ein ständiges Kalkül war, eine direkte Unterstützung der sowjetischen Truppen durch die deutsche Regierung geargwöhnt wurde<sup>24</sup> und Berichte über die Verstärkung des deutsch-sowjetischen Handelsaustausches im polnischen Außenministerium die Runde machten<sup>25</sup>. Dies hatte den damaligen polnischen Außenminister, Eustachy Sapieha, schon im Sommer dazu veranlaßt, eine gemeinsame antisowjetische Position wieder ins Spiel zu bringen und das AA auf ein mögliches Zusammengehen gegen Sowjetrußland sowie die Möglichkeiten, die sich aus der gemeinsamen Ausbeutung dieses Marktes ergeben würden, hinzuweisen<sup>26</sup>. Schließlich war es die Festigung der Regierungsposition der Polnischen Sozialistischen Partei (PPS) durch das Ausscheiden der Nationaldemokraten<sup>27</sup>, die jenen Kräften Auftrieb gab, die sich für eine Verständigung und die Annäherung an Deutschland einsetzten. Im November

22) Vgl. die Aufzeichnung der Sitzung des Obersten Rates, in: Documents on British Foreign Policy 1919–1939 (weiterhin zit.: DBFP), First Series, Bd. II, London 1948, Nr. 29, S. 385 ff.

23) Nach dem Bericht des deutschen Gesandten in Warschau, Alfred Graf Oberndorff, vom 8. Oktober soll der polnische Verhandlungsleiter, Kazimierz Olszowski, bei seiner Abreise nach Paris erklärt haben: „Sie werden von unserem Entgegenkommen überrascht sein. Unserer Wirtschaft droht die Katastrophe.“ (Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (weiterhin zit.: PA) Bonn, Pol. Abt. IV Po, Politik 2, Politische Beziehungen Polens zu Deutschland, Bd. 4, Bl. 103).

24) Vgl. das Schreiben des bayerischen Gesandten Manfred Bühlmann an den Reichsaußenminister Walter Simons über die Möglichkeiten einer deutsch-polnischen Verständigung vom 19. Dezember 1920, in: Bundesarchiv (weiterhin zit.: BA), Abt. Potsdam, AA Film, Nr. 4627, Bl. D 570336.

25) Vgl. AAN, MSZ, Ambasada Berlin, sygn. 2812, Bl. 91 f.

26) Vgl. den Bericht Oberndorffs vom 8. Juli 1920 über eine Unterredung mit Sapieha, in: ADAF, Ser. A, Bd. III, Nr. 189, S. 360 ff.

27) Vgl. Topolski (wie Anm. 15), S. 230.

führte der Warschauer Erzbischof und ehemalige Präses des Regentschaftsrates, Aleksander Kakowski, wahrscheinlich mit dem Einverständnis Pilsudskis, Gespräche mit Zentrumskanzler Konstantin Fehrenbach<sup>28</sup>. Im gleichen Zeitraum fuhr eine polnische Delegation unter Leitung des stellvertretenden Handelsministers, Henryk Leon Strasburger, zum AA, um über den Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen zu verhandeln<sup>29</sup>. Anfang Dezember schließlich kam der Unterstaatssekretär im polnischen Außenministerium, Wachowiak, zusammen mit dem polnischen Generalkonsul in Berlin, Rose, zu Sondierungsgesprächen in das AA mit dem Ziel, „die seit vielen Monaten durch unfruchtbaren Notenwechsel geführten Verhandlungen durch mündliche Besprechungen der Hauptpunkte in Fluß zu bringen und einen Ausgleich mit Deutschland herbeizuführen“<sup>30</sup>.

Nachdem ein Programm über den Warenaustausch und die weiteren Verhandlungen am 21. Dezember festgelegt worden war<sup>31</sup>, einigte man sich in einer anschließenden Besprechung am 22. Dezember mit Rose und Wachowiak darauf, daß beide Regierungen sich verpflichten sollten, bis zum 28. Februar 1921 alle noch offenstehenden Fragen durch ratifizierte Verträge zu lösen.

Inzwischen waren jedoch in Warschau Entscheidungen gefallen, die die Besprechungen und Abmachungen von Rose und Wachowiak in Berlin gegenstandslos machen sollten. Offensichtlich im Zusammenhang mit der Wiederaufnahme der Verhandlungen im Oktober war es in polnischen Regierungskreisen zu prinzipiellen Diskussionen über die Frage der Haltung zu Deutschland und zu den deutschen Forderungen sowie zur Taktik in den Verhandlungen gekommen<sup>32</sup>. Ein streng geheimes Telegramm Sapiehas vom 10. Dezember 1920 an die polnische Delegation in Paris<sup>33</sup> zeugt von einer im Vergleich zu der in den vorhergehenden Wochen angebahnten Annäherung an Deutschland innerhalb eines sehr kurzen Zeitraumes vollzogenen Kehrtwendung in der Politik des polnischen Außenministeriums. Sapieha zog hier ein Resümee der Verhandlungen und kam zu dem Schluß, daß die bisherige polnische Politik der Zugeständnisse und des Entgegenkommens falsch gewe-

28) Vgl. Z. Gąsierowski: Stresemann and Poland before Locarno, in: *Journal of Central European Affairs* XVIII (1958), H. 2, S. 27.

29) Vgl. *Germania*, 11. November 1920 (A).

30) Vgl. den Bericht Dirksens vom 8. Dezember 1920, in: *ADAP*, Ser. A, Bd. IV, Göttingen 1986, Nr. 74, S. 140ff.

31) Überschrieben ist dieses Programm: Möglichkeiten für einen Ausgleich der deutsch-polnischen Interessen mit dem Endziel der Herstellung geordneter gutnachbarlicher Beziehungen (vgl. BA, Abt. Potsdam, AA Film, Nr. 4672, Bl. D 570326ff.).

32) Im nachhinein stellte Dirksen Mitte Februar 1921 fest, daß die im Januar geführten scharfen Kontroversen innerhalb der polnischen Presse und der Regierung „ein bezeichnendes Licht auf die Vorgänge, die sich im Anschluß an die Rose-Wachowiak-Verhandlungen hinter den Kulissen in polnischen Regierungskreisen abgespielt haben,“ geworfen hätten (vgl. PA Bonn, Deutsche Botschaft Warschau, Paket 149, R 3 b, Deutsch-polnische Frühjahrsverhandlung, Bd. 1, np.).

33) Vgl. AAN, MSZ, Ambasada Berlin, sygn. 1106, Bl. 12ff.

sen sei, und trat für die unbedingte Durchführung der Bestimmungen des Versailler Vertrages als Grundlage für alle notwendigen weiteren Verhandlungen mit dem Deutschen Reich ein. Sicher war dafür die wachsende Einsicht der Regierung verantwortlich, daß bei ihrer wenig gefestigten Position im Parlament und der relativ starken nationaldemokratischen Opposition eine Fortsetzung der eingeschlagenen politischen Linie gegenüber Deutschland eine Gratwanderung bedeutete, die die PPS-Regierung nur schwerlich überstehen konnte, zumal die Fortsetzung der deutschen Boykottpolitik und die unnachgiebige Haltung, die deutsche Regierungskreise der Mission Strasburgers<sup>34</sup> gegenüber eingenommen hatten, den oppositionellen Kräften genügend Argumente lieferte. Noch mehr mag ins Gewicht gefallen sein, daß mit dem bevorstehenden Besuch Piłsudskis in Frankreich<sup>35</sup>, den er Anfang Februar antrat, die Vertiefung der Beziehungen zu diesem Bündnispartner absolute Priorität besaß, zumal es Unstimmigkeiten gab<sup>36</sup> und Polen bemüht war, die gegenwärtigen Beziehungen als aktive Partnerschaft zu unterstreichen. Demgegenüber mußten alle Beweggründe für ein Zugehen auf Deutschland in den Hintergrund gestellt werden. Andererseits konnten eine Annäherung an Deutschland und ein abruptes Abrücken auch den Bündnispartner Frankreich die möglichen Dimensionen einer polnisch-deutschen Partnerschaft ermessen lassen. Es gab daher Einschätzungen damaliger Politiker, die von einer direkten Einflußnahme Frankreichs auf diesen Umschwung sprachen<sup>37</sup>. Der als deutschfreundlich und Vertreter einer Annäherungspolitik geltende Sapieha verließ jedenfalls mit dem Schreiben vom 10. Dezember seine eingeschlagene Linie und drehte gewissermaßen den Spieß um. Das Telegramm zielte mit seinem offensiven Charakter ganz auf die Stärkung der Position des Außenministeriums gegenüber der polnischen Delegation bei der Friedenskonferenz in

34) Bühlmann sprach in seinem Schreiben an Simons vom 19. Dezember davon, daß Strasburger, der „zur Besprechung der Frage der Liquidation des deutschen Vermögens in Polen und von anderen Fragen wirtschaftlicher Natur nach Berlin gekommen war, ... unverrichteter Dinge wieder umkehren [mußte], weil die Reichsregierung mit der Erörterung dieser Dinge gleichzeitig Fragen allgemeiner politischer Natur behandelt wissen wollte“ (BA, Abt. Potsdam, AA Film, Nr. 4672, Bl. D 570335).

35) Vgl. P. S. Wandycz: *France and her Eastern Allies 1919–1925. French-Czechoslovak-Polish relations from the Paris Peace Conference to Locarno*, Minneapolis 1962, S. 215.

36) Dirksen berichtete Anfang Dezember 1920 (vgl. ADAP, Ser. A, Bd. IV, Nr. 74, S. 140) von einer merklichen Abkühlung der polnisch-französischen Beziehungen, die vor allem auf die Enttäuschung polnischer Finanzkreise über die mangelnde wirtschaftliche und politische Unterstützung Frankreichs zurückzuführen seien. Die Gründe hierfür lagen neben eigenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten darin, daß Frankreich nicht bereit war, in nennenswertem Maße in Polen zu investieren, sondern es vornehmlich als Rohstofflieferanten ansah (vgl. Błahut [wie Anm. 16], S. 15ff.; Z. Landau, J. Tomaszewski: *Gospodarka Polski międzywojennej 1918–1939* [Polens Wirtschaft der Zwischenkriegszeit 1918–1939], Bd. I, Warszawa 1967, S. 321).

37) Vgl. den Bericht Dirksens vom 4. Februar 1921, in: ADAP, Ser. A, Bd. IV, Nr. 156, S. 323.

Paris ab und unterstrich mit der Darlegung der bedeutenden Rolle Oberschlesiens für die polnische Wirtschaft und des Stellenwerts der Kohlelieferungen die Verantwortung des französischen Partners bei der bevorstehenden territorialen Entscheidung. Schließlich konnte dieser Abschied von der Politik möglicher Zugeständnisse und der Rückzug auf die prinzipiellen Positionen des Friedensvertrages, gekoppelt mit der verkündeten ständigen Bereitschaft, Einzelfragen zu lösen, eine durchaus offensive Strategie darstellen und große Bedeutung für die Regelung der Oberschlesienfrage und der anstehenden Probleme der polnisch-deutschen Beziehungen insgesamt haben. Sapięha war sich der Wichtigkeit seiner Äußerungen, die dem Botschaferrrat durch eine Note mitgeteilt werden sollte, sehr wohl bewußt und wollte, bevor weitere Schritte gegenüber Deutschland unternommen würden, die Reaktion der Entente und die Ergebnisse von Piłsudskis Reise nach Frankreich abwarten. Noch in einer Unterredung vom 5. Januar 1921<sup>38</sup> mit Herbert von Dirksen als leitendem Mitarbeiter der Deutschen Gesandtschaft in Warschau ließ Sapięha jeden Hinweis auf eine schärfere Gangart gegenüber der deutschen Seite vermissen und schlug eher Töne an, die an die versöhnliche Haltung des Herbstes erinnerten. Nachdem jedoch der Präses der Botschafterkonferenz, Jules Cambon, am 15. Januar 1921 die Wiederaufnahme der sog. Frühjahrsverhandlungen gefordert<sup>39</sup> und auch die Piłsudski-Mission in Paris die gewünschten Erfolge gezeitigt hatte<sup>40</sup>, wurde die polnische Gesandtschaft in Berlin angewiesen, dem AA ein Aide-mémoire zu übergeben, das wesentliche Inhalte des Sapięha-Briefes übermittelte<sup>41</sup>. Die Stellungnahme des polnischen Gesandten in Berlin zur Haltung des polnischen Außenministeriums ließ erkennen, daß diese politische Ausrichtung von wesentlichen Kreisen der polnischen Außenpolitik getragen wurde und man auch nicht mehr mit grundlegenden wirtschaftlichen Abmachungen mit Deutschland vor der Entscheidung über Oberschlesien rechnete<sup>42</sup>. Die Überraschung auf deutscher Seite war perfekt, denn immerhin hatte das AA trotz eines gewissen Argwohns aufgrund des langen Schweigens in Warschau immer noch mit der Realisierung des Programms vom 21. Dezember gerechnet und mußte nun feststellen, daß „sich der Wind völlig gedreht“ hatte.

38) Vgl. ebenda, Nr. 109, S. 218ff.

39) Vgl. ebenda, Nr. 156, S. 325, Anm. 6.

40) Vgl. J. K. Hoensch: Deutschland, Polen und die Großmächte 1919–1932, in: Die deutsch-polnischen Beziehungen 1919–1932 (Schriftenreihe des Georg-Eckert-Instituts für internationale Schulbuchforschung, Bd. 22/VIII), Braunschweig 1985, S. 23.

41) Vgl. BA, Abt. Potsdam, Reichsjustizministerium (RJM), Nr. 7280, Bl. 303 Rs.

42) Vgl. das Schreiben der polnischen Gesandtschaft in Berlin an das MSZ vom 2. Februar 1921, in: AAN, MSZ, Ambasada Berlin, sygn. 1106, Bl. 41 ff.

#### IV. Polen und Rapallo

Erst im Herbst 1921 kam wieder Bewegung in die polnisch-deutschen Beziehungen. Im Oktober fällt die Botschafterkonferenz die lang erwartete Entscheidung über Oberschlesien, die Polen den wertvolleren Teil des Industriegebietes zusprach. Eine schnelle Eingliederung des oberschlesischen Wirtschaftsorganismus in den polnischen Industriebestand war deshalb eine starke Motivation, mit Deutschland zu Übereinkünften zu gelangen. Was in den bisherigen Verhandlungen kaum möglich war, schien nun reibungslos zu gehen. Die Bereitschaft beider Seiten, sich in der Oberschlesienfrage zu einigen und darauf aufbauend die Gesamtheit der anstehenden Probleme zu verhandeln, wäre jedoch allein nicht ausreichend, ein gegenseitiges Näherkommen Ende 1921 zu erklären. Grundlegend bestimmt wurde dieser Prozeß durch die in beiden Ländern sich vollziehende Orientierung auf den sowjetrussischen Markt und eine Ausgestaltung der Beziehungen zu Sowjetrußland. Beide Länder nahmen in dem Prozeß der sich seit dem Abschluß von Handelsverträgen mit westlichen Ländern entwickelnden sowjetischen Außenhandelsbeziehungen<sup>43</sup> einen besonderen Platz ein. Dabei lag es auf der Hand, daß ohne ein gegenseitiges Arrangieren die sich ergebenden Möglichkeiten nur schlecht nutzbringend realisiert werden konnten. Die polnische Seite beobachtete die deutsch-sowjetische Annäherung sehr aufmerksam und natürlicherweise mit großem Argwohn. Für sie stellte diese „extrem russophile“ Haltung der deutschen Regierung zwar eine ernsthafte Bedrohung ihrer eigenen politischen Interessen gegenüber Sowjetrußland und den Randstaaten dar, allerdings wurde frühzeitig das große Interesse, das Deutschland an einem Transit nach Sowjetrußland durch Polen hatte, gesehen<sup>44</sup>. Realpolitiker in den polnischen Regierungskreisen erkannten, daß über die Frage des Transits vorteilhafte Vereinbarungen mit Deutschland zu erreichen waren. Das spielte für Polen eine zunehmend größere Rolle, als man zu der Einsicht kam, daß Polens Position im Ost-West-Geschäft aufgrund seiner schwachen wirtschaftlichen Struktur sich fast ausschließlich auf die Funktion eines Transitlandes reduzieren würde<sup>45</sup>. Es erklärt auch die Reaktion des polnischen Außenministers, Konstanty Skirmunt, anläßlich eines Gespräches mit dem deutschen Gesandten in Warschau, Hans von Schoen, am 11. Januar 1922, wo er darauf verwies, daß eine gemeinsame

43) Vgl. G. Rosenfeld: *Sowjetrußland und Deutschland 1917–1922*, Berlin 1984, S. 346ff.

44) Vgl. den Bericht der polnischen Gesandtschaft in Berlin an das MSZ vom 15. September 1921, in: AAN, MSZ, Ambasada Berlin, sygn. 177, Bl. 28ff.

45) Vgl. K. v. Jena: *Polnische Ostpolitik nach dem Ersten Weltkrieg. Das Problem der Beziehungen zu Sowjetrußland nach dem Rigaer Frieden von 1921*, Stuttgart 1980, S. 152.

Beteiligung Deutschlands und Polens am Wiederaufbau Sowjetrußlands „bezüglich des Transits der Fall sein könnte“<sup>46</sup>.

Die entscheidende Motivation für Polen dürften jedoch der Rapallo-Vertrag und die sich daraus ergebenden Perspektiven deutsch-sowjetrussischer Handelsbeziehungen mit ihren politischen Aspekten gewesen sein, zumal unter dem Druck der deutsch-sowjetrussischen Verständigung es nicht wenige Stimmen in Polen gab, die sich für ein Zugehen auf Deutschland aussprachen<sup>47</sup>. War es durch die deutsch-sowjetische Annäherung schon im Vorfeld von Rapallo zu einer deutsch-polnischen Verständigung gekommen<sup>48</sup>, so machte eine vertragliche Regelung der Beziehungen zwischen Deutschland und Sowjetrußland eine Einigung mit Polen in der Transitfrage geradezu notwendig. Um die Ernsthaftigkeit der deutschen Absichten zu unterstreichen, entsandte das AA im Mai 1922 den als moderat geltenden Sozialdemokraten Ulrich Rauscher als deutschen Gesandten nach Warschau<sup>49</sup> und hob Ende Juni die Ausfuhrverbote zunächst für den polnischen Teil Oberschlesiens auf<sup>50</sup>. Vom 15. bis 20. Juli gab es erste Besprechungen, deren Ergebnis die gänzliche Aufhebung des Handelsboykotts gegenüber Polen war<sup>51</sup>, wofür Polen der deutschen Seite den Transit deutscher Waren nach Sowjetrußland und der Ukraine gestattete. Der Beginn für allgemeine Verhandlungen wurde für den 1. September und als Ort Dresden festgelegt<sup>52</sup>.

Als dann am 6. September die deutsch-polnischen Verhandlungen in Dresden begannen, hatten sich auf polnischer Seite die Ausgangsbedingungen für eine erfolgreiche Verhandlungsgestaltung wesentlich verschlechtert. Infolge des Rapallo-Vertrages waren die Angriffe des Belvedere-Lagers, dessen Anhänger im deutsch-sowjetischen Vertrag ein vornehmlich antipolnisches Komplott sahen, auf die polnische Außenpolitik stark verschärft worden und

46) Vgl. ADAP, Ser. A, Bd. V, Göttingen 1987, Nr. 241, S. 488f. Auf die große Bedeutung der gemeinsamen Erschließung des russischen Marktes machte Außenminister Skirmunt gegenüber Rathenau nochmals eindringlich anlässlich der Konferenz in Genua aufmerksam. (vgl. PA Bonn, Deutsche Botschaft Warschau, Paket 149, R 3 c, Deutsch-polnische allgemeine Verhandlungen, Bd. 1, np.).

47) Vgl. die Berichte der Warschauer Botschaft vom 10. und 24. Mai, in: PA Bonn, Pol. Abt. IV Po, Politik 2, Politische Beziehungen Polens zu Deutschland, Bd. 10, Bl. 12, 52ff.

48) Vgl. J. Krasuski: Wpływ traktatu w Rapallo na stosunki polsko-niemieckie [Der Einfluß des Rapallo-Vertrages auf die deutsch-polnischen Beziehungen], in: Przegląd Zachodni 17 (1961), H. 3, S. 53; G. Rosenfeld: Stosunki polityczne polsko-niemieckie po Rapallo i Locarno [Die deutsch-polnischen politischen Beziehungen nach Rapallo und Locarno], in: Kwartalnik Historyczny 70 (1963), S. 40.

49) Vgl. K. Doß: Zwischen Weimar und Warschau. Ulrich Rauscher. Deutscher Gesandter in Polen 1922–1930. Eine politische Biographie, Düsseldorf 1984, S. 80.

50) Vgl. BA, Abt. Potsdam, AA, Nr. 64235, Bl. 35.

51) Vgl. BA, Abt. Merseburg, Rep. 77, Tit. 856, Nr. 208, Bl. 281.

52) Vgl. Germania, 26. Juli 1922 (M).

fürten eine Regierungskrise herbei<sup>53</sup>. Obwohl Skirmunt die Protestnote an die deutsche Delegation in Genua mit unterschrieben hatte, äußerte er sich am 31. Mai im Sejm doch recht ignorant über den Rapallo-Vertrag und bezeichnete ihn als ohne Einfluß auf die polnische Außenpolitik<sup>54</sup>, was ihn sicherlich innenpolitisch absichern sollte, aber auch ein deutlicher Hinweis darauf war, daß Polen trotz der zwischen Sowjetrußland und dem Reich hinsichtlich der Reparationen getroffenen Festlegungen nicht die Absicht hatte, auf seine auf Artikel 116 des Friedensvertrages begründeten Ansprüche aus Reparationsleistungen Deutschlands an Rußland zu verzichten<sup>55</sup>. Auch der Druck extrem nationalistischer Kräfte auf die Regierung nahm im Vorfeld der Verhandlungen zu. Am 4. September suchte eine Delegation des für seine antideutsche Programmatik bekannten polnischen Westmarkenvereins Skirmunt auf und forderte von ihm eine Erklärung über Gerüchte hinsichtlich eventueller Zugeständnisse in Dresden in der Liquidationsfrage. Skirmunt versicherte, daß Polen auf keine Rechte aus dem Versailler Vertrag verzichten werde und die polnische Verhandlungsdelegation entsprechend instruiert sei<sup>56</sup>. Zweifellos hat sich diese Haltung auf die Dresdener Verhandlungen direkt ausgewirkt und angesichts des massiven Vorgehens der deutschen Seite, die dem polnischen Verhandlungspartner nur wenig Spielraum ließ<sup>57</sup>, für Übereinkünfte denkbar schlechte Ausgangsbedingungen geschaffen. Dies wog um so schwerer, als sich in den Beziehungen Polens zu Deutschland Ende 1922 Probleme angestaut hatten, die nachhaltig zu einer Lösung drängten. Das betraf vor allem Rechte, die Polen aus den Bedingungen des Friedensvertrages wahrzunehmen gedachte und die, wie die Frage der deutschen Minderheit als politischer und wirtschaftlicher Faktor, für seine innenpolitische Stabilität und außenpolitische Glaubwürdigkeit große Bedeutung besaßen.

53) Vgl. S. Mikulicz: *Polska a traktat w Rapallo* [Polen und der Rapallo-Vertrag], in: *Sprawy Międzynarodowe* 16 (1963), H. 2, S. 40ff.

54) Vgl. AAN, MSZ, Gabinet Ministra, sygn. 86, Bl. 27ff.

55) Vgl. F. T. Epstein: *Zur Interpretation des Versailler Vertrages. Der von Polen 1919–1922 erhobene Reparationsanspruch*, in: *Jbb. für Geschichte Osteuropas* 5 (1957), S. 329.

56) Die deutsche Gesandtschaft berichtete hierüber am 6. September unter Berufung auf Warschauer Pressestimmen vom gleichen Tage (vgl. BA, Abt. Potsdam, AA, Nr. 66609, Bl. 337).

57) Vgl. die Berichte Olszowskis über die Dresdener Verhandlungen vom 4. Oktober, in: AAN, MSZ, Ambasada Berlin, sygn. 1107, Bl. 86f., vom 20. Oktober, in: ebenda, Bl. 93ff., vom 22. Oktober, in: AAN, MSZ, Ambasada Berlin, sygn. 1285, Bl. 7ff., vom 13. Dezember, in: ebenda, sygn. 1107, Bl. 169ff. und den Informationsüberblick des MSZ über die Dresdener Verhandlungen vom 29. Dezember 1922, in: AAN, MSZ, Konsulat Generalny Berlin, sygn. 166, Bl. 110ff.

## V. Der Ruhrkonflikt und das Olszowski-Projekt

Noch bevor französische und belgische Truppen das Rheinland besetzten, wurde in Deutschland die Möglichkeit einer polnischen Beteiligung an französischen Sanktionen erörtert<sup>58</sup>. Die polnische Diplomatie zeigte sich daraufhin außerordentlich bemüht, alle deutschen Befürchtungen in dieser Hinsicht zu zerstreuen, und der polnische Gesandte in Berlin, Madeyski, wies in mehreren Besprechungen mit dem Leiter der Ostabteilung im AA, Graf Ago von Maltzan, in offizieller Form alle Nachrichten über eine eventuelle Besetzung des Korridors durch polnische Truppen oder etwaige Aktionen in Oberschlesien als pure Gerüchte zurück<sup>59</sup>. Die Schlußfolgerungen, die Madeyski gegenüber dem polnischen Außenminister, Aleksander Skrzyński, aus diesen Gesprächen zog, sind bemerkenswert; sie liefen darauf hinaus, Deutschland im Ruhrkonflikt eine aktive Rolle bei den zu erwartenden politischen Entscheidungen zuzugestehen und unbedingt die Möglichkeit der Verbesserung der Beziehungen zur Sowjetunion im Auge zu behalten. In seinem Exposé vor dem Sejm am 19. Januar stellte Ministerpräsident Władysław Sikorski denn auch die Wiederherstellung völlig normaler Beziehungen zu den Nachbarn Deutschland und Rußland als allernächste Aufgabe hin<sup>60</sup>. Noch im Januar gab der polnische Außenminister deutschen Stellen gegenüber mehrmals die Versicherung ab, daß an ein polnisches Eingreifen in den Ruhrkonflikt nicht zu denken sei<sup>61</sup>.

Insgesamt kann davon ausgegangen werden, daß es bereits in den ersten Tagen nach der Ruhrbesetzung zu deutsch-polnischen Übereinkünften kam, die eine gegenseitige Versicherung zur Passivität bedeuteten und somit für die deutsche Seite ein polnisches Eingreifen in den Ruhrkonflikt nahezu ausgeschlossen erscheinen mußte. Das heißt nicht, daß es nicht auf beiden Seiten Kräfte gegeben hätte, die eine mit Frankreich koordinierte Aktion für notwendig bzw. für wahrscheinlich hielten. Wenige Tage nach der Ruhrbesetzung wurde der polnische Außenminister im Sejm gefragt, warum Polen keine aktive Rolle bei den Reparationsaktionen gespielt habe<sup>62</sup>, und von denselben Vertretern des rechten politischen Flügels, Marian Seyda und Wojciech Korfanty, wurde auf der Sejmsitzung am 6. Februar ein gemeinsames Vorgehen mit der

58) Vgl. den Bericht des britischen Botschafters in Berlin, Viscount D'Abernon, an Lord Curzon vom 6. Januar 1923, in: DBFP, First Series, Bd. XXI, London 1974, Nr. 6, S. 7ff.

59) Vgl. PA Bonn, Geheimakten, Länder IV Polen, Polen, Pol. 1, Bd. 2, np.

60) Vgl. den Bericht der Gesandtschaft Warschau vom 20. Januar 1923, in: PA Bonn, Pol. Abt. IV Po, Politik 2, Bd. 11, Bl. 20.

61) Vgl. das Telegramm Rauschers vom 22. Januar 1923, in: BA; Abt. Potsdam, AA Film, Nr. 4673, Bl. D 570835, und die Aufzeichnung Maltzans vom 23. Januar, in: ebenda, Bl. D 570836.

62) Vgl. „Kurjer Warszawski“, 18. Januar 1923.

Tschechoslowakei gegen Deutschland gefordert<sup>63</sup>. Vor allem der polnische Westmarkenverein verlangte gemeinsam mit Vertretern der Rechtsparteien unverhohlen die Anwendung von Gewalt und organisierte hierzu Versammlungen in allen größeren Städten Polens<sup>64</sup>.

Der Besuch von General Foch in Warschau Anfang Mai 1923 war erneut Anlaß zu phantastischen Gerüchten über eine bevorstehende militärische Aktion Polens gegen deutsches Territorium. Genährt wurde diese Stimmung durch eine Zuspitzung der Beziehungen zwischen Danzig und Polen und Äußerungen führender polnischer Politiker, die einen Konflikt in dieser Frage nicht ausschlossen<sup>65</sup>. Wie groß der Druck Frankreichs auf Polen wirklich war, ist schwer festzustellen. Analysiert man den konkreten historischen Verlauf, die Äußerungen führender Politiker und die bekannt gewordenen Einschätzungen, so ist anzunehmen, daß die Worte Poincarés vom Januar 1923, als er die Einbeziehung der östlichen Bündnispartner in die Reparationsauseinandersetzungen mit Deutschland nachdrücklich ablehnte<sup>66</sup>, zumindest im Hinblick auf ein direktes militärisches Eingreifen Polens als politischer Handlungsmaßstab angesehen werden können und Frankreich auf die Realisierung französisch-tschechoslowakisch-polnischer Offensivhandlungen zur Teilung Deutschlands<sup>67</sup> verzichtete. Frankreich war an einer Eskalation des Ruhrkonflikts ohnehin nicht interessiert<sup>68</sup>, da diese letztlich nur die britische Position stärken konnte. Darüber hinaus hätte die militärische Einbeziehung Polens bei seiner labilen innenpolitischen Lage und der unmißverständlichen Haltung Sowjetrußlands, das bei polnischen Offensivhandlungen gegen Deutschland ein sofortiges Eingreifen erwog<sup>69</sup>, den Bestand des östlichen Bündnispartners in Frage gestellt. Wenige Tage nach der Ruhrbesetzung betonte Skrzyński vor dem Sejm, daß es mit Frankreich keinerlei Absprachen über Verletzungen des Friedensvertrages und in diesem Zusammenhang über den casus belli gegeben

63) Vgl. C. Höltje: Die Weimarer Republik und das Ostlocarno-Problem 1919–1934, Würzburg 1958, S. 38.

64) Vgl. das Telegramm Rauschers an das AA vom 23. Mai, in: BA, Abt. Potsdam, AA Film, Nr. 4673, Bl. D 570933.

65) Vgl. J. Kalisch: Die Freie Stadt Danzig – ein „deutscher Vorposten im Osten“ oder „ein gesicherter Zugang Polens zum Meer“?, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock. Gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe, 1977, H. 3, S. 285.

66) Diese Meldung wurde vom „Oberschlesischen Kurier“ am 4. Januar 1923 abgedruckt (vgl. BA, Abt. Potsdam, AA Film, Nr. 16128, Bl. L 186371).

67) Nach R. Bournazel: Rapallo, ein französisches Trauma, Köln 1976, S. 168, sah ein im Juni 1921 aufgestellter sog. Plan P die Besetzung der deutschen Industriegebiete und die Teilung Deutschlands in zwei Teile vor. Er galt angeblich bis zum März 1932.

68) Vgl. H. v. Riekhoff: German-polish relations 1918–1933, Baltimore, London 1971, S. 74.

69) Vgl. W. Ruge: Die Stellungnahme der Sowjetunion gegen die Besetzung des Ruhrgebietes. Zur Geschichte der deutsch-sowjetischen Beziehungen von Januar bis September 1923, Berlin 1962, S. 38 ff.

habe<sup>70</sup>. Schon Ende Januar gab es auch auf deutscher Seite Einschätzungen, die sich später erhärteten, daß Frankreich seine östlichen Verbündeten nicht zu einer militärischen Aktion drängen werde<sup>71</sup>. Was nun den Foch-Besuch direkt angeht, so war man auf französischer wie auch auf polnischer Seite sehr wohl darauf bedacht, militärische Stärke zu zeigen und die Möglichkeiten zu demonstrieren, die ein gefestigtes französisch-polnisches Militärbündnis gegenüber einer feindlichen Macht besaß. Die im Umfeld des Foch-Besuches veranstalteten militärischen Vorführungen inklusive der Teilmobilmachungen hatten somit durchaus die Aufgabe einer Drohhgebärde gegenüber Deutschland. Dabei darf nicht übersehen werden, daß diese mit viel propagandistischem Aufwand vollzogenen militärischen Vorbereitungen ihren realen Hintergrund in Befürchtungen innerhalb von Warschauer Militärkreisen hinsichtlich möglicher deutscher Übergriffe auf den Korridor hatten<sup>72</sup> und vielfach polnische Bedenken gegenüber einer bewaffneten Auseinandersetzung mit Deutschland und einem deutsch-sowjetrussischen Bündnis gegen Polen größer waren als deutsche Bedenken hinsichtlich einer möglichen Beteiligung Polens an französischen Sanktionen.

Mit Foch dürfte auch die französische Regierung über die aus ihrer Sicht zweifelhafte Haltung, die die polnische Regierung der französischen Ruhrbesetzung entgegenbrachte, befremdet gewesen sein. Rückhalt für ihre Aktionen, den der französische Bündnispartner verlangte, wurde nicht nur bei den Polen im Ruhrgebiet vermißt<sup>73</sup>, sondern auch von der polnischen Regierung verweigert. Zwar hatte sie es nicht an verbalen Solidaritätsbekundungen mit Frankreich fehlen lassen, aber diese schlugen sich in der praktischen Politik kaum nieder. Mehr noch, Polen bestand von Anfang an darauf, daß es keine diplomatischen und militärischen Schritte als Verbündeter Frankreichs unternehmen müsse<sup>74</sup>. Die polnische Diplomatie hatte von vornherein eine recht klare Sicht für die politischen Bedingungen der Ruhrbesetzung und schätzte die französische Stellung als wenig aussichtsreich ein. Auch vom militärischen Gesichtspunkt wurde die Ruhrbesetzung selbst aufgrund der schwachen fran-

70) Vgl. „Kurjer Warszawski“, 18. Januar 1923.

71) Vgl. BA, Abt. Potsdam, AA Film, Nr. 4673, Bl. 570839.

72) Die „Times“ meldete am 13. Januar, daß im polnischen Teil Oberschlesiens „eine nervöse und gespannte Stimmung“ herrsche und eine reale Furcht davor bestehe, „daß Deutschland die Besetzung des Ruhrgebiets mit der Besetzung Polnisch Oberschlesiens als Gegenmaßnahme beantworten werde“, ein Stimmungsbericht, der durch den Reichs- und Staatsvertreter bei der Gemischten Kommission und beim Schiedsgericht für Oberschlesien, Budding, bestätigt wurde (vgl. BA, Abt. Potsdam, AA Film, Nr. 10128, Bl. L 186378).

73) Vgl. C. Kleßmann: Polnische Bergarbeiter im Ruhrgebiet 1870–1945, Göttingen 1978, S. 164.

74) Vgl. den Bericht Rauschers vom 10. Januar, in: PA Bonn, Geheimakten, Länder IV Polen, Polen, Pol. 1, Bd. 2, np.; v. Riekhoff (wie Anm. 68), S. 74.

zösischen Kräfte mit geringer Siegeszuversicht beurteilt<sup>75</sup>. Polnische-seits unterlag es keinem Zweifel, daß die nunmehr zu erwartenden Ereignisse zu einer Revision des Londoner Ultimatums führen und eine Reduzierung der Reparationssumme zur Folge haben würden. Die bemerkenswerte Schlußfolgerung bestand in der Feststellung, daß die Zeit auch in der Frage der Reparationen letztlich für Deutschland arbeite<sup>76</sup>.

Wenn man auch davon ausgehen kann, daß Frankreich Polen nicht zu einem direkten militärischen Eingreifen drängte, so steht doch fest, daß zumindest Unterstützung in wirtschaftlicher Hinsicht von Polen verlangt wurde, vor allem eine Einstellung der Kohleversorgung Deutschlands aus dem polnischen Teil Oberschlesiens<sup>77</sup>. Polen dachte jedoch nicht daran, an solchen Wirtschaftssanktionen teilzunehmen, erklärte dies auch öffentlich<sup>78</sup> und fiel mit der Ausnutzung der deutschen Zwangslage, die nun wegfallenden Lieferungen aus dem Ruhrgebiet durch Käufe im Ausland zu kompensieren, Frankreich quasi in den Rücken<sup>79</sup>.

Der polnischen Regierung unter General Władysław Sikorski ging es darum, die krisenhafte innere wirtschaftliche und politische Situation zu stabilisieren und ihre eigene Position bei den Flügelkämpfen zwischen dem Pilsudski-Lager und den Nationaldemokraten zu festigen. Damit kamen sie auch den Forderungen weitester Industriellenkreise nach, die einen wesentlichen Grund für die galoppierende Inflation der polnischen Mark in der durch die französische Ruhrbesetzung weiter entwerteten deutschen Mark sahen<sup>80</sup>. So scheint es keine leere Floskel gewesen zu sein, wenn Ende Januar 1923 der polnische Gesandte in London dem deutschen Botschafter Sthamer auf eine entsprechende Anfrage mitteilte, daß „Polen ... genug andere Schwierigkeiten (habe), um an solche Pläne (Angriffsabsichten gegen Deutschland – R. S.) zu denken“<sup>81</sup>. Es mag auch der noch in frischer Erinnerung befindliche deutsche Handelsboykott gegen Polen dazu beigetragen haben, daß die polnische Wirtschaft freie Bahn bekam, die sich nunmehr im Handel mit Deutschland aufzuenden

75) Als Vertreter des polnischen Generalstabes hielt sich Rittmeister Dubicz zeitweise im Ruhrgebiet auf, vgl. seinen Bericht vom 23. Februar, in: AAN, MSZ, Ambasada Paryż, sygn. 207, Bl. 8ff.

76) Vgl. den Bericht an das MSZ vom 6. Januar 1923, in: AAN, MSZ, Ambasada Berlin, sygn. 178, Bl. 4ff.

77) Dies geht aus einem Telegramm eines deutschen Beamten in Kattowitz vom 5. Februar hervor (vgl. BA, Abt. Potsdam, AA Film, Nr. 4673, Bl. D 570842).

78) Vgl. den Bericht des Reichsaußenministers vor dem auswärtigen Ausschuß des Reichsrates am 30. Januar, in: Sächsisches Landeshauptarchiv Dresden, Gesandtschaft Berlin, Nr. 373, Bl. 119 Rs.

79) Vgl. P. H. Seraphim: Der Ruhreinbruch und die polnische Volkswirtschaft, in: Ruhrbesetzung und Weltwirtschaft, Leipzig 1927, S. 146.

80) Vgl. einen Bericht der „Times“ vom 13. Januar, in: BA, Abt. Potsdam, AA Film, Nr. 10128, Bl. L 186379.

81) Ebenda, Nr. 4673, Bl. D 570840.

Lücken zu schließen. Unter regem Zuspruch deutscher Industriellenkreise<sup>82</sup> gelang es denn auch, innerhalb weniger Monate den Export nach Deutschland fast zu verdoppeln und auch im Import deutscher Waren Zuwachsraten zu verbuchen<sup>83</sup>.

Neben diesem wirtschaftlichen Aspekt dominierte jedoch die Angst, durch eine zu enge und letztlich einseitige Bindung an Frankreich eine mögliche und aus polnischer Sicht wahrscheinliche außenpolitische Isolierung zu erfahren. Dieses Kalkül bestimmte die polnische Haltung wesentlich, und eine solche Perspektive stand im Gegensatz zu der von der Regierung Sikorski, namentlich Außenminister Skrzyński, angestrebten Politik der Emanzipation im europäischen Rahmen und der Profilierung Polens als Subjekt der Politik. Sie ging einher mit einem immer offeneren Aufbrechen eines seit der Wiederherstellung des polnischen Staates und der sich aus gestaltenden polnisch-französischen Allianz auch in führenden Kreisen von Politik und Wirtschaft latent vorhandenen Unbehagens einer zu engen Bindung an Frankreich<sup>84</sup>, verknüpft mit der Unzufriedenheit über die französische Polenpolitik, die Polen die gleichrangige Partnerschaft versagte. Diese Frage war Gegenstand scharfer innenpolitischer Auseinandersetzungen und paarte sich mit einem bis dahin nicht dagewesenen Streben nach staatlicher Souveränität Polens. Diese Tendenzen verstärkten sich noch, als der Bündnispartner Frankreich durch seine Annäherung an Sowjetrußland in der zweiten Hälfte des Jahres 1922 in polnischen Augen merklich an Loyalität verlor. Sichtbarster Ausdruck dieser, von sowjetrussischer Seite sehr positiv aufgenommenen Annäherungsversuche war die im Herbst 1922 zustande gekommene Reise des späteren französischen Ministerpräsidenten Edouard Herriot nach Moskau. Dieser Besuch hatte Signalwirkung für die polnische Regierung und ließ bei ihr die Erkenntnis dafür reifen, in welchem starkem Maße das europäische Bündnisssystem in Bewegung geraten war.

Noch bevor im Herbst 1923 durch das offene Auftreten Großbritanniens gegen die Ruhrbesetzung, die Beendigung des passiven Widerstandes und die großen Streikaktionen sich eine neue Phase in den politischen Ereignissen eröffnete, wurden in Polen durch den Sturz der Regierung Sikorski und den

82) Vgl. den Bericht über das Gespräch des polnischen Generalkonsuls in Essen mit dem Generaldirektor der Lokomotivfabrik „Hohenzollern“ in Düsseldorf am 24. Februar 1923, in: AAN, MSZ, Ambasada Paryż, sygn. 207, Bl. 12ff.

83) Vgl. G. W. Strobel: Die Wirtschaftsbeziehungen Deutschlands und Polens 1919–1932, in: Die deutsch-polnischen Beziehungen (wie Anm. 40), S. 115; Błahut (wie Anm. 16), S. 90, Tab. 3.

84) Über den Verdruß polnischer politischer Kreise gegenüber Frankreich und die zunehmende Enttäuschung über Frankreichs Polenpolitik berichteten Oberndorff schon am 9. Juli 1920 (vgl. PA Bonn, Pol. Abt. IV Po, Politik 3, Polen/Frankreich, Bd. 1, Bl. 7) und Dirksen am 8. Dezember 1920 (vgl. ADAP, Ser. A, Bd. IV, Nr. 74, S. 139). Vor allem Industriellenkreise kritisierten die mangelhafte wirtschaftliche Unterstützung durch Frankreich und sahen den ökonomischen Einfluß Frankreichs in Polen als Ausplünderung an (vgl. Błahut [wie Anm. 16], S. 15ff.).

Machtantritt der Nationaldemokraten unter Premier Wincenty Witos neue Akzente in der polnischen Außenpolitik gesetzt. Seit jeher verstanden sich die Nationaldemokraten als Sachwalter einer unbeirrbar festen polnisch-französischen Allianz als einem Grundpfeiler der Existenz des polnischen Staates. So hielt es der neue Außenminister, Marian Seyda, wenige Wochen nach dem Regierungswechsel auch für angebracht, im Kreise höchster Regierungsvertreter<sup>85</sup> die Bedeutung dieses Bündnisses herauszustellen, und bezeichnete die Ruhrbesetzung als Akt des Rechtes und der Gerechtigkeit, dem Polen „nicht nur mit Sympathie gegenüber“ stehe, sondern bei dem es auch verstehe, „daß der Verlauf und das Ergebnis dieses Ereignisses große Bedeutung für unseren Staat hat, weil dadurch die Rolle Deutschlands in Europa und seine Beziehungen zu Polen in der nächsten Zeit bestimmt werden“. Das bedeutete zunächst jedoch nicht, daß es in der Haltung zum Ruhrkonflikt praktisch zu prinzipiellen Veränderungen kam. Nach wie vor zeigte Polen keinerlei Bereitschaft, in den französisch-deutschen Konflikt einzugreifen, und war auch nicht geneigt, die Kohlelieferungen nach Deutschland einzuschränken<sup>86</sup>.

Nachdem am 11. August 1923 Großbritannien durch die Curzon-Note die seit langem vorhandene Aversion gegen die Ruhrbesetzung offen geäußert und der Druck auf Belgien zugenommen hatte und das Zerwürfnis zwischen den Großmächten offensichtlich wurde, machten sich in außenpolitischen Kreisen Polens immer stärkere Tendenzen breit, die Rolle Deutschlands in der polnischen Außenpolitik aufzuwerten und, korrespondierend mit der Realisierung einer Subjektfunktion in der europäischen Politik, Deutschland einen vorrangigen eigenständigen Platz in der außenpolitischen Konzeption zuzuweisen sowie die Politik gegenüber dem westlichen Nachbarn aktiver zu gestalten. Von polnischer Seite wurde durchaus die Gefahr gesehen, daß es bei den politischen Ereignissen in der zweiten Hälfte des Jahres 1923 aus der Sicht der Westmächte, vor allem Großbritanniens, zu einer Art Vergleich zwischen beiden Ländern kommen und Deutschland Polen den Rang ablaufen könne, Deutschland somit eher als selbständiger Faktor anerkannt würde und Polen in der Position eines Anhängsels von Frankreich verbliebe. Der Zeitraum zwischen August und Oktober war somit gekennzeichnet von Überlegungen und Aktionen zur Festlegung einer Politik gegenüber Deutschland, welche die Klärung einer Reihe von Fragen der polnisch-deutschen Beziehungen wieder möglich erscheinen ließ. Am Beginn dieser Überlegungen standen Grundsätze zum polnischen Standpunkt gegenüber dem Reich vom 24. August 1923<sup>87</sup>, die ein relativ geschlossenes deutschlandpolitisches Programm darstellten, das es

85) Vgl. den Auszug aus der Rede Seydas auf der Sitzung der Kommission für Außenpolitik des Senats am 8. Juni 1923, in: AAN, MSZ, Gabinet Ministra, Nr. 94, Bl. 7.

86) Vgl. den Bericht der deutschen Botschaft in Warschau vom 23. August 1923 an das AA, in: BA, Abt. Potsdam, AA Film, Nr. 4673, Bl. D 571033.

87) Vgl. AAN, MSZ, Ambasada Berlin, sygn. 1108, Bl. 179 ff.

bisher in einer solchen Form nicht gegeben hatte. Ausgangspunkt dieses Programms war die Verständigungsbereitschaft der Regierung Stresemann, woraus die Frage abgeleitet wurde, „ob es nicht ... in unserem Interesse liegt, diesen Graben (zwischen Deutschland und Polen – R. S.) systematisch stufenweise zuzuschütten?“ Grundsatz einer möglichen Verständigung war dabei das Nichtbestehen irgendwelcher territorialer Forderungen Polens an Deutschland. Etappen der Annäherung sollte die Lösung der beiden Hauptprobleme der „inneren Beziehungen“ zwischen Deutschland und Polen, der Liquidations- und Optantenfrage, sein, wobei die Bestimmungen des Friedensvertrages strikt zur Ausführung kommen sollten. Schließlich war es die notwendige Regelung der Wirtschaftsbeziehungen, die polnischerseits diese Bestrebungen forcierte, da am 10. Januar 1925 die von Polen auf der Grundlage von Artikel 264 des Versailler Vertrages genutzte Meistbegünstigungsklausel wegfallen sollte. Ein wesentliches Element dieses Programms war die Schwächung der deutsch-sowjetischen Annäherung, wofür man allerdings in der unbefriedigenden Bilanz der wirtschaftlichen Zusammenarbeit beider Länder und des „antikommunistischen Kampfes der Regierung Stresemann“ gute Voraussetzungen sah. Der schließlich in vier Punkten zusammengefaßte Forderungskatalog an Deutschland – zu den bereits genannten Punkten kam noch die Forderung nach Nichteinmischung Deutschlands in die inneren Angelegenheiten Danzigs – wäre somit durchaus geeignet gewesen, wesentliche Elemente in die Gestaltung konstruktiver Beziehungen der beiden Nachbarstaaten unter dem Gesichtspunkt möglichst eigenständiger Verhandlungspositionen einzubringen. Der Umsetzung einer solchen Konzeption entsprach der Antrittsbesuch Kazimierz Olszowskis als polnischer Botschafter in Deutschland bei Stresemann am 10. September 1923<sup>88</sup>, bei dem er prononciert auf einen möglichen neuen Anfang in den bilateralen Beziehungen hinwies und es als seine Aufgabe bezeichnete, die Reibungen zwischen Deutschland und Polen zu vermindern „und zu einer Verständigung zu gelangen“, wofür er von Stresemann die Versicherung erhielt, „daß sich in Zukunft die deutsch-polnischen Beziehungen regulieren werden“. Olszowski versuchte, den bestehenden Streitpunkten aus dem Wege zu gehen, und konnte schließlich an das polnische Außenministerium das befriedigende Ergebnis melden: „Ich habe den Eindruck, daß Stresemann ein Feind des Kommunismus ist und Zweifel am Sinn der Allianz mit der Sowjetunion hat.“

Wenn man auch davon ausgehen kann, daß es in den oben skizzierten Zielvorstellungen der polnischen Außenpolitik Übereinstimmung gab, so zeichneten sich doch im Außenministerium zunehmend Differenzen über die Frage der Methoden ab. Außenminister Seyda sah im Prinzip das Verhältnis zu Deutschland nur über Frankreich für regelbar und die außenpolitische Profi-

88) Vgl. den Bericht Olszowskis vom 12. September, in: AAN, MSZ, Ambasada Paryż, sygn. 46, Bl. 128ff.

lierung Polens im gesamteuropäischen Rahmen allein in der Verwirklichung einer dominierenden Position in einem ostmitteleuropäischen Bündnissystem, vor allem der Kleinen Entente, für möglich an<sup>89</sup>. Das entsprach zwar im wesentlichen den Wünschen Frankreichs, war aber angesichts der Haltung der ČSR zu einer polnischen Mitgliedschaft in der Kleinen Entente zu diesem Zeitpunkt völlig unreal<sup>90</sup>. Andere Kräfte im polnischen Außenministerium, vor allem der politisch nicht unbedeutende Olszowski als Botschafter in Berlin, waren für direkte Verständigungsversuche mit Deutschland und sahen den Weg hierfür in einer Vermittlerrolle Polens zwischen Frankreich und Deutschland und in der gemeinsamen Basis der Bekämpfung des Kommunismus als Brücke zu einer Lockerung der deutsch-sowjetischen Beziehungen. Diese Konzeption einer Vermittlerrolle im deutsch-französischen Konflikt 1923 war nicht neu, wurde aber in dem Maße verstärkt, wie sich die Notwendigkeit und auch Wahrscheinlichkeit von deutsch-französischen Verhandlungen in der Ruhrfrage immer deutlicher abzeichnete. Olszowski entfaltete hierbei ab August eine rege Tätigkeit. Dieses Einschalten Polens beruhte keineswegs nur auf Wunschvorstellungen Olszowskis, sondern hatte einen realen Hintergrund und konkreten Anlaß. Ende August berichtete Olszowski im Außenministerium darüber, daß es in Deutschland einflußreiche sozialdemokratische Kräfte gebe, die sich für einen schnellen Abbruch des passiven Widerstandes und für Verhandlungen mit Frankreich einsetzten<sup>91</sup>. Sie seien der Meinung, daß diese durch die Vermittlung eines dritten Staates wesentlich erleichtert und beschleunigt werden könnten. Dieser müsse insofern neutral sein, als er an den Reparationen nicht beteiligt sei und andererseits ein Interesse an einer deutsch-französischen Verständigung habe. In den Augen dieser Sozialdemokraten würde Polen die Bedingungen erfüllen und wäre der geeignete Vermittler. Olszowski stand nach eigenen Angaben in ständiger Verbindung mit diesen Kreisen<sup>92</sup>, und es ist stark anzunehmen, daß er sie in ihrem Vorhaben unterstützte, da er selbst engagierter Vertreter eines solchen politischen Weges war. Anfang September erreichte das Projekt nach Ansicht Olszowskis die halboffizielle Ebene, indem der Staatssekretär in der Reichskanzlei, Baron von Rheinbaben, bekannte Journalisten damit vertraut machte, daß Polen für eine Vermittlerrolle in den bevorstehenden deutsch-französischen Verhandlungen vorgesehen sei<sup>93</sup>. Auch der Präsident der Reparationskommission, Emile Haguenin, würde dieses Projekt unterstützen, und der französische Botschafter in Berlin sei ein lebhafter Befürworter einer Beendigung der Ruhrbe-

89) Vgl. AAN, MSZ, Ambasada Berlin, sygn. 181, Bl. 63.

90) Vgl. M. Alexander: Zur Reise von Marschall Foch nach Warschau und Prag im Frühjahr 1923, in: Bohemia. Jb. des Collegium Carolinum 14 (1973), S. 316.

91) Vgl. AAN, MSZ, Ambasada Paryż, sygn. 99, Bl. 19f.

92) Vgl. Olszowskis Schreiben an die polnische Botschaft in Paris vom 12. September, in: ebenda, sygn. 210, Bl. 1ff.

93) Vgl. den Bericht Olszowskis an Seyda vom 13. September, in: ebenda, Bl. 9ff.

setzung. Als dann der sozialdemokratische Journalist Dr. Adolf Nossig nach Paris und London geschickt wurde, um eine polnische Vermittlerrolle zu ventilieren<sup>94</sup>, sah Olszowski seinerseits die Zeit für gekommen, selbst aktiv zu werden, und bat den polnischen Botschafter in Paris, Mauricy Zamoyski, die Haltung der französischen Regierung in Erfahrung zu bringen und sowohl in Paris als auch in Warschau für das Projekt einer polnischen Vermittlerrolle zu werben<sup>95</sup>.

Die Beteiligung Polens an den Anfang September, wenn auch erst im Vorstadium, bereits angelaufenen deutsch-französischen Verhandlungen war für Olszowski eine Frage von allerhöchster Wichtigkeit. Er sah hierin die große Chance, einen günstigen Zeitpunkt zu nutzen, um die Rolle Polens in der europäischen Politik aufzuwerten, in der er auch in gewisser Weise eine Notwendigkeit sah<sup>96</sup>. Einerseits könnte Polen sich Frankreich gegenüber in eine seit langem angestrebte Position des gleichberechtigten Partners im Osten bringen, andererseits sich Deutschland gegenüber hilfreich erweisen und somit konstruktiver gestaltete Beziehungen als Grundlage zur Beilegung der offenen Streitfragen nutzen, insgesamt natürlich auch sich als europäischer Friedensstifter darstellen. Olszowski sah letztlich völlig klar die Gefahr, die für Polen bestand, wenn es zu einer französisch-deutschen Verständigung käme<sup>97</sup> und, nach wirtschaftlichen Vereinbarungen zwischen beiden, Polen noch weiter an den Rand gedrängt werden würde. Wesentlich war auch der Gedanke, daß eine Annäherung an Deutschland beste Voraussetzungen dafür bringen würde, „die deutsch-russische Allianz, [die] immer die größte Gefahr für Polen bedeutet und bedeuten wird“, zu zerstören<sup>98</sup>.

Außenminister Seyda zeigte sich anfänglich durchaus interessiert an den Plänen Olszowskis und wies ihn an, „alle Interventionen der Deutschen in Richtung auf unsere Vermittlung aufzudecken“<sup>99</sup>. Daß auch in den frankophilen Regierungskreisen zu diesem Zeitpunkt noch Bewegung in der außenpolitischen Orientierung war, zeigen die Reaktionen auf britische Avancen hinsichtlich von Finanzanleihen, die man bereit war zu benutzen, um den französischen Partner unter Druck zu setzen und ihn auf seine Säumigkeit in den Kreditverpflichtungen gegenüber Polen aufmerksam zu machen<sup>100</sup>. Insgesamt jedoch ging das Außenministerium Olszowskis Plänen gegenüber sehr vorsichtig zu Werke und wies ihn an, alle Bewegungen sofort Warschau und Paris gleichzeitig mitzuteilen. Je mehr außerdem klar wurde, daß die deutsche Re-

94) Vgl. ebenda, Bl. 2f.

95) Vgl. ebenda, Bl. 5.

96) Vgl. den Bericht Olszowskis an Seyda vom 8. September, in: AAN, MSZ, Ambasada Paryż, sygn. 208, Bl. 29ff.

97) Vgl. ebenda, sygn. 210, Bl. 11.

98) Vgl. ebenda, Bl. 4.

99) Vgl. AAN, MSZ, Ambasada Paryż, sygn. 99, Bl. 19.

100) Vgl. ebenda, Bl. 20.

gierung den passiven Widerstand würde abbrechen müssen und Frankreich anscheinend als Sieger aus der Auseinandersetzung hervorgehen würde, nahm das ohnehin verhalten geäußerte Interesse an einer Vermittlerrolle Polens weiter ab. Inzwischen hatten sich auch die Befürchtungen Olszowskis bewahrheitet, daß Frankreich ausdrücklich keinen Wert auf eine polnische Vermittlerrolle legte<sup>101</sup>. Bei allem Interesse Frankreichs an einem Ende des passiven Widerstandes war es doch keineswegs an einer internationalen Aufwertung Polens interessiert, ebensowenig wie an einer Verbesserung der polnisch-deutschen Beziehungen außerhalb seiner Einflußnahmemöglichkeiten, die eine polnische Vermittlerrolle durchaus mit sich gebracht hätte. Warschau reagierte wie gewünscht, und Außenminister Seyda sah die Zeit für gekommen, in einer Rede vor dem Sejm am 12. Oktober<sup>102</sup> die kompromißlose Gefolgschaft Polens gegenüber Frankreich zu unterstreichen und eine außenpolitische Konzeption als bindend zu entwickeln, die die Regelung der polnisch-deutschen Beziehungen ausschließlich dem Bündnis mit Frankreich im Westen und einem Bündnisystem mit den „kleinen Staaten“ im Osten verpflichtete. Wenn sich Warschau erhoffte, mit dem Sieg Frankreichs im Ruhrkonflikt selbst, ohne irgendwelche Wagnisse einzugehen, eine Aufwertung zu erfahren und seine Position gegenüber Deutschland zu stärken, so unterstrich es damit, abgesehen vom Realitätsgehalt der Absichten Olszowskis, seine Defensivposition<sup>103</sup>. In einem Schreiben vom 15. September, in dem Seyda die prinzipielle Haltung der polnischen Regierung darlegte<sup>104</sup>, wies er eindeutig darauf hin, daß jegliche Aktivitäten in der Vermittlungsfrage „mit Rücksicht auf den Charakter unseres Bündnisses mit Frankreich unzulässig sind“. Er zog sich auf den Standpunkt zurück, daß „im Rahmen der polnisch-französischen Allianz ... engste Konsultationen vorgesehen [sind] und auf dieser Grundlage ... wir unsere Interessen sichern [müssen]“. Seyda blieb damit noch hinter seinen Anweisungen vom August zurück und leugnete sie indirekt. Olszowski verzichtete denn auch auf weitere Initiativen<sup>105</sup>, und Proteste der polnischen Botschaft in Berlin<sup>106</sup>

101) Vgl. den Brief Olszowskis an Zamoyski vom 12. September, in: AAN, MSZ, Ambasada Paryż, sygn. 210, Bl. 3, 17.

102) Vgl. AAN, MSZ, Gabinet Ministra, sygn. 94, Bl. 8ff.

103) In einem äußerst aufschlußreichen Dokument vom 24. Oktober 1923, einem Bericht über eine Reise nach Warschau und Königsberg, die der Mitarbeiter der polnischen Botschaft in Berlin, Morawski, im Auftrage Olszowskis angetreten hatte, um die politische Linie der polnischen Regierung gegenüber Deutschland zu erkunden, stellte Morawski fest, „daß die polnische Regierung nunmehr den Standpunkt vertritt, Deutschland als Objekt der Politik anzusehen und nicht als Subjekt und sie sich im Vorgehen zu Deutschland völlig von Frankreich abhängig macht“ (AAN, MSZ, Ambasada Berlin, sygn. 785, Bl. 44).

104) Vgl. AAN, MSZ, Ambasada Paryż, sygn. 210, Bl. 17ff.

105) Vgl. ebenda, sygn. 208, Bl. 34ff.

106) Vgl. AAN, MSZ, Ambasada Berlin, sygn. 183, Bl. 46f.

blieben unberücksichtigt. Auch der polnische Botschafter in Paris wurde angewiesen, „von allen Initiativen im Sinne Olszowskis Abstand zu nehmen“ und das französische Außenministerium entsprechend zu informieren<sup>107</sup>. Als der polnische diplomatische Vertreter in Paris dies tat<sup>108</sup>, nahm der Direktor der politischen Abteilung im französischen Außenministerium, La Roche, mit Blick auf Deutschland nochmals Gelegenheit mitzuteilen, daß Frankreich nunmehr fest entschlossen sei, den Fehler, die Situation beim Friedensschluß nicht voll ausgenutzt zu haben, wettzumachen. Er honorierte die Haltung des polnischen Bündnispartners mit der Versicherung, daß Polen von Deutschland und der Sowjetunion keine Gefahr drohe und schließlich das Ergebnis der Ruhraktion, nämlich „eine Schwächung Deutschlands auf eine lange Zeit“ und eine politische Niederlage Großbritanniens, ein gemeinsames Interesse Frankreichs, Polens und Belgiens wäre.

Je mehr sich jedoch herausstellte, daß der vermeintliche Sieg Frankreichs im Ruhrkonflikt wenig Erfolge zeitigte, der englische und amerikanische Einfluß auf die Reparationsregelungen wuchs und damit eine für Deutschland günstige Variante in Aussicht stellte, nahmen in Polen die Sorgen um die eigene Sicherheit sprunghaft zu. Die Folgen waren – angesichts der politischen Situation geradezu irrwitzig anmutende – Forderungen an den französischen Verbündeten zum Schutz vor einer deutschen Revisionspolitik, wie das Verlangen nach einer Besetzung Hamburgs und Bremens, um die Sanktionen schneller wirksam werden zu lassen<sup>109</sup>, und nach Entsendung eines französischen Kriegsschiffverbandes nach Danzig, um die polnische Position in der Freien Stadt zu stärken<sup>110</sup>.

Die Bedenken, daß die gravierenden Ereignisse des Jahres 1923 ungenutzt und ohne positive Ergebnisse an Polen vorbeigehen würden oder bereits vorbeigegangen wären und die Pläne der Ausgestaltung einer staatlichen Souveränität eher in einer Verfestigung der marginalen Position enden würden, wurden durch die Entscheidungen des Völkerbunds im Jahre 1923 über Danzig<sup>111</sup>,

107) Vgl. AAN, MSZ, Ambasada Paryż, sygn. 210, Bl. 21f.

108) Vgl. Wielowiejskis Bericht vom 20. September an das MSZ, in: AAN, MSZ, Wydział Zachodni, sygn. 3906, Bl. 79f.

109) So Olszowski gegenüber dem französischen Botschafter in Berlin am 12. November, in: AAN, MSZ, Ambasada Paryż, sygn. 46, Bl. 155.

110) Vgl. das Schreiben Seydas an Zamoyski in Paris vom 20. Oktober, in: ebenda, sygn. 99, Bl. 28.

111) Angesichts der sich schon im Frühjahr 1922 verschärfenden Beziehungen zwischen der Freien Stadt Danzig und Polen richtete die Warschauer Regierung im Juni eine Note an den Völkerbundsrat und verlangte die Neuregelung der polnischen Rechte in Danzig. Dieses polnische Ansinnen wurde jedoch abgelehnt und auch im neuen Abkommen zwischen Polen und Danzig vom 1. September 1923 nicht berücksichtigt (vgl. Kalisch [wie Anm. 65], S. 286).

die Javorina-Frage<sup>112</sup> und die Staatsbürgerschaftsfrage<sup>113</sup> noch genährt, in denen politisch klar denkende Kreise in Polen den Verlierer sehen mußten. Diese Situation ließ Pläne reifen, noch bevor es zu der erwarteten Stärkung und Konsolidierung Deutschlands kommen würde, die instabilen Verhältnisse des Nachbarlandes auszunutzen, um in Verhandlungen zu günstigen Ergebnissen zu gelangen und auch auf die inneren Vorgänge in Deutschland Einfluß zu nehmen. Dies sollte u. a., sicher in Reaktion auf die deutsche Minderheitenpolitik, durch die Stärkung der polnischen Minderheit und erhöhte Einflußnahme auf die litauische erfolgen. Auch ein größerer ökonomischer Druck auf Ostpreußen und eine Sperrung des Korridors im Falle eines rechtsradikalen Umschwungs in Deutschland zum eigenen Schutz wurden erwogen<sup>114</sup>. Es waren dies alles jedoch Erwägungen, die nie ein Stadium erreichten, in dem erwähnenswerter Einfluß ausgeübt oder das Gesamtbild der polnisch-deutschen Beziehungen des Jahres 1923 entscheidend beeinflußt werden konnte, das, wenn auch noch weit entfernt von einer Normalisierung, doch gegenüber dem Zeitraum der Grenzzentscheidungen eine Beruhigung erfahren hatte<sup>115</sup>.

## VI. Die Zuspitzung der Minderheitenfrage

Im Gegensatz zur zurückhaltenden Haltung im Ruhrkonflikt entwickelte die polnische Regierung ab Frühjahr 1923 eine schärfere Gangart gegenüber der deutschen Minderheit. Hatten unter der Regierung Sikorski die verstärkten Forderungen nach Liquidation und Ausweisung der Optanten<sup>116</sup> mehr den

112) Der Streit um die polnisch-tschechoslowakische Grenzziehung bei der kleinen Tatrageziede Javorina dauerte seit Frühjahr 1921 an (vgl. A. Szklarska-Lohmannowa: *Polsko-czechoslowackie stosunki dyplomatyczne 1918–1925* [Die polnisch-tschechoslowakischen diplomatischen Beziehungen 1918–1925], Wrocław, Warszawa, Kraków 1967, S. 89 ff.), erreichte im Frühjahr 1923 einen Höhepunkt und machte u. a. alle von Frankreich unterstützten Einigungsversuche zwischen Polen und der Tschechoslowakei zunichte. Durch Entscheid des Haager Gerichtshofes und Bestätigung des Völkerbundes wurde schließlich im Herbst 1923 der tschechoslowakische Standpunkt bestätigt (vgl. ebenda, S. 11 ff.; Wandycz [wie Anm. 35], S. 310).

113) Am 27. September 1923 befürwortete der Völkerbund ein Gutachten des Haager Gerichtshofes vom 15. September, das auf der Grundlage des Artikels 2 des Minderheitenschutzvertrages die Möglichkeiten der Inanspruchnahme der polnischen Staatsangehörigkeit wesentlich weiter faßte, als dies vom polnischen Staat praktiziert wurde (vgl. H. Rauschnig: *Die Entdeutschung Westpreußens und Posens*, Berlin 1930, S. 105 ff.).

114) Vgl. den Bericht Morawskis vom 24. Oktober, in: AAN, MSZ, Ambasada Berlin, sygn. 785, Bl. 45 ff.

115) Vgl. die Einschätzung des AA über die deutsch-polnischen Beziehungen im Jahre 1923, in: BA, Abt. Potsdam, Alte Reichskanzlei, Nr. 120, Bl. 268.

116) Mit Telegramm vom 11. April berichtete Benndorf aus Warschau über eine Rede, die Sikorski am 10. April 1923 im Posener Rathaus gehalten hatte, in der er forderte, den „Prozeß der Entdeutschung in möglichst schnellem Tempo“ zu vollenden „und bisheriges Schwanken der polnischen Politik in der Liquidationsfrage radikal“ zu ändern (vgl. BA, Abt. Potsdam, AA Film, Nr. 4673, Bl. D 570890).

Charakter politischer Rechtfertigung gegenüber dem rechten Flügel, dienten der Festigung der eigenen Position und Legitimation und hatten im politischen Krisenjahr 1923 auch eine Art Ventilfunktion zur inneren Stabilisierung, so waren diese Maßnahmen bei der Regierung Witos Bestandteil des politischen Programms. Realistische Stimmen aus dem polnischen Außenministerium, Olszowski ist sicher dazu zu rechnen, die sich für ein geordnetes Zusammenleben mit der deutschen Minderheit einsetzten und vor übereilten Handlungen warnten, die die Beziehungen zum Reich nur weiter verschlechtern und auch international dem Ansehen Polens schaden könnten<sup>117</sup>, fanden zunehmend weniger Gehör. Hauptangriffspunkt der sich verstärkenden antideutschen Stimmungen<sup>118</sup> waren die Unterstützungsmaßnahmen für die noch in Polen ansässigen Deutschen und die damit eng verbundene Tätigkeit des Deutschtumsbundes. Der Vorwurf, Optanten von der Option für Deutschland abzuhalten bzw. sie an der Abwanderung zu hindern und im antipolnischen Sinne zu beeinflussen, waren dann im Frühjahr 1923 Anlaß für die polnische Regierung, gegen die Tätigkeit des Deutschtumsbundes vorzugehen. Die insbesondere im Vorfeld des Foch-Besuches erhobenen Forderungen nach „scharfen Maßnahmen gegen den Deutschtumsbund“<sup>119</sup> gingen einher mit einer Intensivierung der Überwachungstätigkeit der deutschen Minderheit durch polnische Militärbehörden<sup>120</sup>. Ein erster Schritt war die Auflösung des deutschen Konsulats in Thorn (Torún)<sup>121</sup>. Es folgten im April und Mai Revisionen bei verschiedenen Filialen des Deutschtumsbundes und Hausdurchsuchungen bei deren Mitarbeitern wegen „polenfeindlicher und staatsfeindlicher Tätigkeit“<sup>122</sup>. Einen Höhepunkt erreichten diese restriktiven Maßnahmen mit der Auflösung der Zentrale der Deutschtumsbünde in Bromberg (Bydgoszcz) am 6. August und des Deutschtumsbundes in Posen (Poznań) am 9. August sowie der Verhaftung und der Einleitung von Strafverfahren gegen führende Funktionäre

117) Vgl. das Memorandum Olszowskis vom 14. Mai, in: AAN, MSZ, Ambasada Berlin, sygn. 1224, Bl. 74.

118) Vgl. das Schreiben Rauschers vom 18. April, in: BA, Abt. Merseburg, Rep. 77, Tit. 856, Nr. 569, Bl. 112f.

119) Vgl. das Telegramm der Botschaft in Warschau, in: BA, Abt. Potsdam, AA Film, Nr. 4673, Bl. D 570887.

120) Ein umfangreiches Dossier des polnischen Generalstabes ging am 26. April an alle Ressorts und verschiedene Militärabteilungen sowie an Olszowski, und zwar verbunden mit der Empfehlung, den Deutschtumsbund „schnellstens zu liquidieren“ (AAN, MSZ, Ambasada Berlin, sygn. 3870, Bl. 211 ff.).

121) Vgl. BA, Abt. Potsdam, AA Film, Nr. 4673, Bl. D 570901.

122) Vgl. Rauschers Telegramm vom 1. Mai, in: ebenda, Bl. D 570902. Reglementierende Maßnahmen richteten sich bereits ab Februar auch gegen den Deutsch-Oberschlesischen Volksbund für Polnisch-Oberschlesien zur Wahrung der Minderheitenrechte (vgl. BA, Abt. Potsdam, Deutsche Stiftung, Nr. 580/1, Bl. 636 Rs, 643; C. G. Bruns: Deutschtumsfragen im abgetretenen Posen und Westpreußen, in: C. G. Bruns: Gesammelte Schriften zur Minderheitenfrage, Berlin 1933, S. 277f.).

dieser Organisationen<sup>123</sup>. Zweifellos war die jetzt praktizierte Verbotspraxis in hohem Maße Reaktion auf die Tätigkeit des Deutschtumsbundes auf internationaler Ebene, der durch seine Klagen Polen in erhebliche Schwierigkeiten gebracht hatte und weiter brachte. Am schmerzlichsten dürfte dabei für die polnische Politik die Erkenntnis gewesen sein, daß es ihm auch auf internationaler Ebene gelungen war, Polens Minderheitenpolitik anzugreifen und seine Loyalität bei der Ausführung der Bestimmungen des Friedensvertrages und des Minderheitenschutzvertrages in Frage zu stellen. Dazu kam, daß nicht nur die Völkerbundsentscheidungen über die Klagen des Deutschtumsbundes durchweg ungünstig für Polen waren, sondern auch, daß Deutschland in seiner Haltung immer deutlicher von den Vertretern Großbritanniens im Völkerbund unterstützt wurde und der engste Bundesgenosse Frankreich hier jegliche Hilfestellung versagte<sup>124</sup>.

Seit Beginn des Jahres 1924 entfaltete deshalb Polen im Zuge der verstärkten Diskussion der Minderheitenfrage im europäischen Maßstab wachsende Aktivitäten, aus dem seit jeher als Belastung empfundenen Minderheitenschutzvertrag entlassen zu werden, ihn aufzulösen oder in irgendeiner Form unwirksam zu machen<sup>125</sup>. Eine Variante hierbei war, Deutschlands Eintritt in den Völkerbund von der Unterzeichnung des Minderheitenschutzvertrages abhängig zu machen<sup>126</sup>. Es war dies für Polen eine Frage von äußerster Wichtigkeit, denn man nahm es als sicher an, daß der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund und der damit wahrscheinlich verbundene Sitz im Völkerbundsrat vornehmlich dazu genutzt werden würde, die Angriffe auf die polnische Minderheitenpolitik noch zu verstärken, die deutsche Minderheit in Polen weiter zu sichern und zu stärken und auf dieser Grundlage die Forderung nach Revision der Grenze unmittelbar zu stellen<sup>127</sup>. Da sich die polnische Regierung durch ihre Politik vor allem gegenüber der ukrainischen und der jüdischen Minderheit vielfach in Mißkredit gebracht hatte<sup>128</sup>, war die Position des Ange-

123) Vgl. den Bericht des Generalkonsulats in Posen vom 16. August, in: BA, Abt. Potsdam, RMdI, Nr. 13382, Bl. 16f.

124) Vgl. J. Krasuski: *Stosunki polsko-niemieckie* [Die deutsch-polnischen Beziehungen], T. 1: 1919–1925, Poznań 1962, S. 241.

125) Vgl. P. Korzec: *Polen und der Minderheitenschutzvertrag (1919–1934)*, in: *Jbb. für Geschichte Osteuropas* 22 (1974), S. 528; vgl. auch die Niederschrift Olszowskis über Fragen der nationalen Minderheiten in Polen vom 18. Februar 1924, in: AAN, MSZ, Ambasada Berlin, sygn. 3870, Bl. 266ff.

126) Vgl. das Aide-mémoire des MSZ vom März 1924, in: AAN, MSZ, Ambasada Berlin, sygn. 1353, Bl. 33ff.

127) Vgl. Olszowskis Aufzeichnung vom 26. September über das Problem der Revision des Minderheitenschutzvertrages, in: AAN, MSZ, Konsulat Generalny Berlin, sygn. 61, Bl. 1ff.

128) Vgl. A. Chojnowski: *Problem narodowościowy na ziemiach polskich w początkach XX w. i w II Rzeczypospolitej* [Das Nationalitätenproblem in den polnischen Ländern am Anfang des 20. Jhs. und während der Zweiten Republik], in: *Z dziejów Drugiej Rzeczypospolitej* [Zur Geschichte der Zweiten Republik], Warszawa 1986, S. 177ff.; D. Beyrau: *Antisemitismus und Judentum in Polen 1918–1939*, in: *Geschichte und Gesellschaft*, (1982), S. 205ff.

klagten bei der Infragestellung des Minderheitenschutzvertrages eine denkbar schlechte Ausgangsbasis, und Polen mußte hierbei sehr vorsichtig zu Werke gehen. Man vermied von polnischer Seite deshalb auch jeden frontalen Angriff und beschränkte sich darauf, die anderen durch den Minderheitenvertrag verpflichteten Länder als Verbündete zu gewinnen und beim Völkerbund die Änderung der Verfahrensweisen bei Minderheitenklagen zu erreichen<sup>129</sup>. Der international gewachsenen Bedeutung der Minderheitenfrage, bei der die deutsche Minderheit in Polen eine exponierte Stellung einnahm, versuchte die polnische Regierung nicht nur durch Eliminierung bzw. Modifizierung des Minderheitenschutzvertrages zu begegnen, sondern auch durch Regelungen auf bilateraler Ebene. Hierbei kam der Optantenfrage ein besonderer Stellenwert zu. Sie verhiß die definitive Festlegung der staatlichen und damit der Minderheitenzugehörigkeit, was für die polnische Seite wiederum Grundlage für die Weiterführung der Liquidation sowie für Ausweisungen und das Verhalten gegenüber der deutschen Minderheit überhaupt war. Alle diese Fragen hatten für Polen großes Gewicht nicht nur hinsichtlich der inneren Stabilisierung, sondern auch für die gesamte Gestaltung der Beziehungen zum Reich und schließlich für das Prestige und den Einfluß Polens im Ausland, in erster Linie im Völkerbund und nicht zuletzt in den Beziehungen zu den Alliierten. Anfang August 1924 wurde deshalb im polnischen Außenministerium ein Grundsatzpapier über die politischen Hauptaufgaben im Verhältnis zu Deutschland erarbeitet, das die Herbeiführung normaler gutnachbarlicher Beziehungen zur vordringlichen Aufgabe erklärte. In möglichst kurzer Zeit sollten die provisorischen Formen, welche die Nachkriegszeit und die territorialen Veränderungen hervorgebracht hatten, durch vertragliche zwischenstaatliche Vereinbarungen ersetzt werden, die den Weg zur Verständigung zwischen beiden Staaten öffnen sollten.

## VII. Auf dem Weg nach Locarno

Durch die sich weiter zu ihren Ungunsten entwickelnde politische Orientierung der Westmächte zeigte sich die polnische Regierung zutiefst beunruhigt. Die Zunahme prodeutscher Stimmen in den angelsächsischen Ländern, die die Festlegungen des Versailler Vertrages und damit verbunden die Grenzzie-

129) Dem Chef der Minderheitensektion des Völkerbundssekretariats, Eric Colban, wurde im Januar 1925 von polnischer Seite vorgetragen, die Minderheitenklagen sollten auf der Grundlage des Minderheitenschutzvertrages auf gerichtlichem Wege geregelt werden und nicht durch politische Entscheidungen, wie dies vom Völkerbund gehandhabt werde (vgl. AAN, MSZ, Delegacja RP przy Ligi Narodów, sygn. 222, Bl. 21 ff.).

hung im deutschen Osten in Frage stellten<sup>130</sup>, beeinflussten auch die französische und die belgische Öffentlichkeit<sup>131</sup>, und das Scheitern eines gesamteuropäischen Sicherheitspaktes in Form des Genfer Protokolls verstärkte den Druck auf Frankreich. Unter diesen Bedingungen zeigte sich auch Frankreich deutschen Forderungen im Osten gegenüber verständnisvoller und seine Partnerschaft zu Polen wurde immer problematischer<sup>132</sup>. Hinzu kam, daß durch die britische Anerkennung der Sowjetunion und die Annäherung Frankreichs an den Sowjetstaat, die im Oktober 1924 in der diplomatischen Anerkennung kulminierte, auch das polnische Bündnis gegen seinen östlichen Angstgegner aufgeweicht war. Die unter diesen Bedingungen in Deutschland wieder stärker artikulierte Forderung nach Revision der Ostgrenzen<sup>133</sup> wurde von Polen sehr ernst genommen und eine Änderung des status quo im östlichen Mitteleuropa zwangsläufig mit einer gesamteuropäischen Katastrophe gleichgestellt<sup>134</sup>. Polens Hauptaugenmerk mußte deshalb seiner Stellung in einem europäischen Sicherheitsprojekt gelten. Da Frankreich das Bündnis zu Polen formell wahrte, sah man hierin die beste Versicherung gegen deutsche Revisionsforderungen. Darüber hinaus verwies das besagte Grundsatzdokument zur Politik gegenüber Deutschland auf „eine ganze Reihe von Mitteln“ zur Absicherung gegenüber den westlichen Nachbarn. Ein wesentliches Element hierbei war die Verringerung der deutschen Bevölkerung in den polnischen Westkreisen auf der Grundlage der Optantenregelung, ohne daß dabei jedoch aus politischen und ökonomischen Gründen eine völlige Verdrängung der Deutschen anzustreben wäre. Erst dann könne es zu einer Stabilisierung der Westkreise kommen, und die verbliebenen Deutschen würden geneigter sein, gegenüber dem polnischen Staat ein loyales Verhalten zu entwickeln, d. h. gleichzeitig mit der faktischen Liquidation sollte die Politik der Loyalisierung durchgeführt werden.

Das Scheitern der Handelsvertragsverhandlungen zwischen Polen und dem Reich zu Beginn des Jahres 1925 war ein deutliches Alarmzeichen für den Zustand der bilateralen Beziehungen, in denen Polen zunehmend an Initiative einbüßte. Zudem war die deutsche Außenpolitik in die politische Offensive

130) Vgl. dazu die Einschätzung eines polnischen Vertreters in London gegenüber Ministerpräsident Grabski vom März 1924, in: AAN, Akta Stanisława Kauzika, sygn. 18, Bl. 68. Detaillierte Berichte über die Zunahme prodeutscher Neigungen und über eine allgemeine britisch-deutsche Annäherung liefen im MSZ seit Frühjahr 1924 ein (vgl. AAN, MSZ, Ambasada Londyn, sygn. 31, Bl. 127 ff.; AAN, MSZ, Ambasada Paryż, sygn. 54, Bl. 103 f.).

131) Vgl. AAN, MSZ, Ambasada Berlin, sygn. 729, Bl. 17.

132) Vgl. P. Krüger: Die Außenpolitik der Republik von Weimar, Darmstadt 1985, S. 280.

133) In einer Rede in Sigmaringen im April 1924 hatte Reichskanzler Marx wieder offen die Forderung nach Rückgabe der an Polen abgetretenen Gebiete gestellt (vgl. „Deutsche Allgemeine Zeitung“, 23. April 1924; „Berliner Börsenzeitung“, 23. April 1924).

134) Vgl. hier und im weiteren AAN, MSZ, Ambasada Berlin, sygn. 729, Bl. 11 ff.

gegangen. Stresemann hatte durch das Memorandum vom 9. Februar 1925<sup>135</sup> die Diskussion um ein Sicherheitsprojekt in eine akute Phase gebracht und damit einen Problemkreis aufgebrochen, der vor allem angesichts der ablehnenden britischen Haltung zum Genfer Protokoll und der Garantierung der französischen Ostgrenze die gesamte europäische Außenpolitik beherrschte. Die mit diesem Projekt indirekt gestellte Frage nach der Bereitschaft der Westmächte, Deutschland als gleichberechtigten Partner zu akzeptieren, es aus dem Nachkriegsstatus des Verlierers zu entlassen und ihm einen Platz im westlichen Bündnissystem einzuräumen, war direkt verbunden mit Schritten zur Realisierung deutscher Revisionsforderungen im Osten. Nachdem Reichskanzler Luther in seiner Rede zur Eröffnung der Königsberger Ostmesse die Revision der Ostgrenze offen gefordert hatte<sup>136</sup>, erklärte Stresemann Anfang März vor der Presse auch unumwunden, daß entgegen der Sicherung der Westgrenze als Kernstück des Garantiepaktprojektes eine Anerkennung der deutschen Ostgrenze nicht in Frage komme.

Die polnische Diplomatie hatte schon im August 1924 in ihren grundsätzlichen Überlegungen zur Politik gegenüber dem Reich in diesem Garantiepakt eine Gefahr für die eigene Sicherheit gesehen<sup>137</sup>, und ihr war bereits im Vorfeld des Stresemann-Memorandums die deutsche Haltung nicht verborgen geblieben. Die immer offener gestellten Forderungen nach Revision der deutschen Ostgrenze entfachten in Polen einen Sturm der Entrüstung und von Protesten<sup>138</sup>. In der Öffentlichkeit sah man eine direkte Kriegsgefahr als gegeben an. Die polnische Regierung erklärte daraufhin den entschiedenen Widerstand gegen jeden Versuch, den status quo zu ändern<sup>139</sup>. Polens einzige und große Hoffnung blieb das Bündnis mit Frankreich, und Skrzyński reiste noch im März nach Paris, um dort Gespräche zu führen<sup>140</sup>. Die offizielle französische Regierungspolitik stellte sich zu diesem Zeitpunkt noch auf den Standpunkt, daß der Frieden am Rhein vom Frieden an der Weichsel abhängen<sup>141</sup>, und breite politische Kreise unterstützten bedingungslos eine Garantie für die polnische Westgrenze<sup>142</sup>. Nach dem Rücktritt der Regierung Herriot kam es Ende April zu einem Treffen zwischen dem neuen französischen Außenminister, Aristide Briand, und dem polnischen Botschafter in Paris<sup>143</sup>, bei dem das feste Bündnis

135) Vgl. G. Stresemann: Vermächtnis, Bd. II, Berlin 1933, S. 62f.

136) Vgl. „Frankfurter Zeitung“, 16. Februar 1925.

137) Vgl. AAN, MSZ, Ambasada Berlin, sygn. 729, Bl. 17.

138) Eine Sammlung polnischer Pressestimmen ist zu finden in: PA Bonn, Pol. Abt. IV Po, Politik 2, Politische Beziehungen Polens zu Deutschland, Bd. 14, Bl. 136, 152ff.

139) Vgl. W. Balcerak: *Polityka zagraniczna Polski w dobie Locarna* [Die Außenpolitik Polens während der Locarno-Ära], Wrocław 1967, S. 52.

140) Vgl. Stresemann (wie Anm. 135), S. 65.

141) Vgl. Wandycz (wie Anm. 35), S. 331.

142) Vgl. Balcerak (wie Anm. 139), S. 48ff.

143) Vgl. den Bericht der polnischen Botschaft in Paris vom 28. April, in: AAN, MSZ, Delegacja RP przy Ligi Narodów, sygn. 122, Bl. 14ff.

beider Staaten vor allem auch hinsichtlich der Probleme der polnischen Westgrenze demonstrativ unterstrichen wurde. Trotz aller französischen Versicherungen hatten die Gespräche aber offensichtlich doch nicht den von Polen gewünschten Verlauf genommen, und der polnische Vertreter sah sich letztlich veranlaßt, seinen Eindruck dahingehend zu formulieren, daß Frankreich sich dem englischen Standpunkt in der Sicherheitsfrage annähern werde, wie es von einflußreichen Politikern in Polen schon seit Ende 1924 prophezeit wurde<sup>144</sup>. Gerade die Situation um die Jahreswende 1924/25 macht vor dem Hintergrund der Diskussion über ein europäisches Sicherheitsprojekt das gesamte Dilemma der polnischen Außenpolitik nachhaltig deutlich. Eingezwängt in die außenpolitische Doktrin, Deutschland könne und müsse in der durch Versailles gegebenen Ohnmacht und Isolierung verbleiben, dem auf deutscher Seite der wenig vermittelnde Grundsatz gegenüberstand, mit der Existenz Polens nicht leben zu können, blieb Polen wenig Spielraum für konstruktive außenpolitische Konzeptionen, zumal durch die enge Anbindung an Frankreich seine Außenpolitik stark von französischen Vorstellungen indoktriniert war und daher um so mehr im Fadenkreuz unterschiedlicher Standpunkte der Siegermächte gegenüber Deutschland und dem Friedensvertrag stand.

Während die Haltung des Bündnispartners immer unbestimmter wurde, verschärfen sich die deutsch-polnischen Beziehungen nach Ausbruch des Wirtschaftskrieges und durch die Zuspitzung der Optantenfrage im Frühsommer 1925 sprunghaft. In der Presse sah man gar einen „Optantenkrieg“ als gegeben an<sup>145</sup>. Gerade unter dem Blickwinkel der Optantenfrage verschlechterte sich die polnische Position zusehends. Britische diplomatische Kreise und auch der französische Außenminister Briand hatten gegenüber dem deutschen Botschafter in Paris schon ihr Mißfallen über die polnische Haltung gegenüber den deutschen Optanten zum Ausdruck gebracht<sup>146</sup>, und Maltzan konnte am 20. August aus Washington melden, daß die dortige öffentliche Meinung den deutschen Standpunkt vertrete<sup>147</sup>.

Im unmittelbaren Vorfeld von Locarno war Polen wie noch nie zuvor unter internationalen Druck geraten und gezwungen, seinem Hauptinteresse, der Sicherung seiner Westgrenze innerhalb eines Garantiepaktes, alles unterzuordnen. Am 13. Oktober, als bekannt wurde, daß Frankreich auf eine Garantierung der deutsch-tschechoslowakischen und deutsch-polnischen Schiedsverträge verzichtete<sup>148</sup>, zerschlugen sich die Hoffnungen Polens auf eine inter-

144) Vgl. Wandycz (wie Anm. 35), S. 332; W. Grabski: *Dwa lata prasy i podstaw panstwowosci naszej* [Zwei Jahre Presse und Grundlagen unserer Staatlichkeit], 1924–1925, Warszawa 1927, S. 1193.

145) Vgl. „Hamburger Fremdenblatt“, 20. Juli 1925.

146) Vgl. v. Riekhoff (wie Anm. 68), S. 65.

147) Vgl. BA, Abt. Potsdam, AA Film, Nr. 17683, Bl. L 181910.

148) Vgl. M. Oertel: *Beiträge zur Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen in den Jahren 1925–1930*, Phil. Diss., Berlin 1968, S. 83.

nationale Garantierung seiner Westgrenzen als sicherster Schutz vor deutschen Revisionsforderungen. Nach massiver Intervention konnte Außenminister Skrzyński bei den letzten Sitzungen über den Garantiepakt in Locarno anwesend sein<sup>149</sup> und miterleben, wie mit der Unterzeichnung des Locarno-Vertrages eine Kategorisierung der Grenzen in Europa vorgenommen wurde als „Grenzen verschiedener Würde und Heiligkeit“<sup>150</sup>, mit der eine eindeutige Kategorisierung der Länder verbunden war<sup>151</sup>, die Polen die lange angestrebte und oft versprochene gleichberechtigte Aufnahme in die europäische Politik verwehrt, Deutschland hingegen aus der Position des Kriegsverlierers weitestgehend rehabilitierte. Für Polen war durch die Nichtgarantierung der durch den Versailler Vertrag bestimmten deutschen Ostgrenze diese theoretisch zur Disposition gestellt worden. Damit mußten Fragen der Revision anderer Bestimmungen des Friedensvertrages, gerade jene, die die Westmächte nicht direkt betrafen, in einem völlig neuen Licht gesehen werden. Daran konnte auch der am 16. Oktober quasi als Trostpflaster zwischen Frankreich und Polen geschlossene Garantievertrag nichts ändern, der, nicht zum Locarno-Vertrag gehörig, die Schutzfunktion Frankreichs gegenüber Polen so an den Völkerbund band, daß er sogar die bisherigen Bündnisverpflichtungen Frankreichs noch einschränkte<sup>152</sup>.

Polen mußte erkennen, daß das Deutsche Reich seine Vorstellungen vom Garantieprojekt in Locarno mit Unterstützung der Bündnispartner Polens durchgesetzt hatte, vor allem in der Ablehnung einer Anerkennung der Ostgrenze, und daß ein Vertrag entstanden war, der das Deutsche Reich eindeutig in eine Position des Vorteils gegenüber Polen brachte. Der Proteststurm, der nun in Polen losbrach<sup>153</sup>, konnte von der Regierung nicht mitgetragen werden. In der gegebenen Situation war es Polen aufgrund seiner wenig ausgeprägten eigenständigen Stellung und der engen Bindung an den selbst um seine Sicherheit ringenden Bündnispartner Frankreich unmöglich, aufzubegehren und sich gegen den „Geist von Locarno“ zu stellen, ohne seine Position noch weiter zu schwächen und in die Isolation zu geraten. So blieb Polen nichts weiter übrig, als Locarno als Friedenswerk mitzufeiern und den Schiedsvertrag mit Deutschland sowie den französischen Garantievertrag als Erfolg darzustellen. Trotzdem konnte die von Skrzyński wider besseres Wissen am 21. Oktober im

149) Vgl. AAN, MSZ, Delegacja RP przy Ligi Narodów, sygn. 123, Bl. 92f.

150) K. Megerle: Danzig, Korridor und Oberschlesien. Zur deutschen Revisionspolitik gegenüber Polen in der Locarnodiplomatie, in: Jb. für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands 25 (1976), S. 155.

151) Vgl. J. Jacobson: Locarno Diplomacy. Germany and the West 1925–1929, Princeton 1972, S. 29.

152) Vgl. Stresemann (wie Anm. 135), S. 236; Megerle (wie Anm. 150), S. 154f.

153) Vgl. Balcerak (wie Anm. 139), S. 199ff.

Sejm gehaltene optimistische Rede über den Locarnovertrag<sup>154</sup> nicht über die erlittene und gesamtgesellschaftlich auch so empfundene Niederlage hinwegtäuschen.

154) Vgl. die Presseberichte der Botschaft in Warschau über die Rede Skrzyńskis, in: PA Bonn, Pol. Abt. IV Po, Politik 3, Polen/Frankreich, Bd. 4, Bl. 183. Die Aufnahme des Locarno-Vertrages durch Skrzyński illustrierte Stresemann in seiner Rede vom 14. Dezember folgendermaßen: „Herr Skrzyński konnte seine Erregung nicht verbergen. Wenn Sie gelesen haben, daß der polnische Außenminister den Saal nach der Paraphierung zuerst verlassen hat, so wünschte ich, daß Sie die Art dieses Verlassens miterlebt hätten, um sich zu fragen, ob Polen Locarno als einen polnischen Erfolg ansieht.“ (Stresemann [wie Anm. 135], S. 234).

### Summary

#### *Aspects of Polish Policy Towards Germany After World War I*

The relations between Poland and Germany after World War I – besides a historical burden – have been influenced in particular by two factors: on the one hand, Poland had been included in the association of the victorious powers, and especially important was a binding alliance with France as Germany's main enemy, which greatly restricted Poland's manoeuvrability as regards foreign policy. On the other hand, however, the realization of the terms of the Treaty of Versailles strongly linked together the two countries and even underlines the distinct clashes of interests of the two neighbours. Therefore, the foreign-policy doctrine of the Reich saying that it was unable to accept the existence of a sovereign Polish state, had its counterpart in the Polish maxim that only a weak and isolated Germany would be the best safety factor for the Polish state. On both sides there were again and again political forces also in influential positions looking for a constructive new beginning – in order to leave the course of mutual guilt assignments – and demanding a policy of common sense – in order to prevent open hostilities. Nevertheless, on both sides – not without direct or indirect support of the great powers – those forces kept the upper hand whose politics necessarily entailed a permanent opposition. In the first half of the Twenties, the minority problem became the pivotal point of the permanent Polish-German conflict, especially in the position and treatment of the German minority in the territories incorporated into Poland. While the Poles aimed at taking possession of these territories by getting rid of the Germans, and the Germans held on to their minority at any rate, the positions clashed in a most irreconcilable way. Especially with regard to the minority problem, Poland's weaker position, compared with Germany, became more and more clear in the run-up to the Conference of Locarno. The enormous activities developed by Poland's foreign policy in order to achieve an embodiment in the guarantee pact project show the high rank Poland ascribed to the Conference as regards protection against Germany. Therefore, the bitterer was the feeling for Poland that its interests were not considered half as much as it had wished before and that Locarno put Germany in an advanced position compared with Poland.